

**Bezugspreis:**  
Wöchentlich 70 Pfennig, monatlich  
1.— Reichsmark, vierteljährlich  
3.— Reichsmark, halbjährlich  
5.— Reichsmark, jährlich  
Für den Ausland 5.00 Reichsmark pro Monat.

Der „Vorwärts“ mit der Illustrierten  
Sonntagsbeilage „Volk und Zeit“  
sowie den Beilagen „Unterhaltung  
und Wissen“, „Aus der Welt“,  
„Kommunisten“, „Der Arbeiter-  
freund“, „Jugend-Vorwärts“, „Bild  
in die Zukunft“ und „Kultur-  
arbeit“ erscheint wochentäglich am  
Sonntag, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse:  
„Sozialdemokrat Berlin“

# Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

**Anzeigenpreise:**  
Die einfache Rubrik  
zeile 30 Pfennig, Reklamsätze  
5.— Reichsmark. „Kleine Anzeigen“  
das Formatrubrik Wort 15 Pfennig  
zweifache zwei Formatrubrik (12 Zeilen),  
ledere Rubrik Wort 15 Pfennig.  
Stellenangebote des erste Wort  
15 Pfennig, ledere weitere Wort  
10 Pfennig. Worte über 15 Buch-  
staben zahlen für zwei Worte.  
Arbeitsmarkt Seite 60 Pfennig,  
Familienanzeigen für Abonnenten  
Seite 40 Pfennig.  
  
Anzeigenannahme im Hauptgeschäft,  
Lindenstraße 3, montags bis  
1/2 bis 17 Uhr.

Redaktion und Verlag: Berlin SW. 68, Lindenstraße 3  
Fernsprecher: Dönhoff 292—297.

Donnerstag, den 20. Oktober 1927

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3  
Vertriebsbüro: Berlin SW 206 — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten  
und Beamten, Markt 46; Blattvertrieb: Hauptstraße Lindenstr. 3.

## Mit der KPD?

Klare Antwort der Hamburger Sozialdemokraten.

Der Parteiausschuss der Hamburgischen Landesorganisation der SPD. hat am Dienstagabend seine Bereitwilligkeit erklärt, unter dem Vorsitz des Ortsausschusses des ADS. mit der Kommunistischen Partei zu Verhandlungen zusammenzukommen. Gleichzeitig hat der Parteiausschuss auf den offenen Brief der KPD, Bezirk Waffertante, keine Antwort erteilt. Sie ist ebenso nüchtern wie logisch.

Der Landesverband der SPD. sieht in den Wahlen vom 9. Oktober ein Vertrauensvotum der Wählerschaft. Es bedeutet einerseits eine Anerkennung der von den Hamburger Sozialdemokraten geleiteten Regierungs- und Gesetzgebungsarbeit, auf der anderen Seite den Auftrag zur Regierungsbildung.

Diese Regierung wird sich auf eine feste parlamentarische Mehrheit stützen müssen, wenn sie in den nächsten drei Jahren fruchtbare Arbeit in einer Richtung leisten will, die den Interessen der werktätigen Bevölkerung entspricht und die anstrebt, das Gesamtschicksal Hamburgs immer mehr im sozialistischen, freiheitlichen und fortschrittlich-kulturellen Sinne zu gestalten. Die Richtlinien der zu betreibenden Politik anzugeben, ist nach dem Wahlergebnis und dem Stärkeverhältnis Sache der Sozialdemokratie. Ihr Programm hat deshalb als Verhandlungsgrundlage zu gelten. Als Vorbedingung einer Zusammenarbeit stellt sie neun Forderungen:

1. Großzügige Förderung des Wohnungsbaues unter Beteiligung des Staates und unter Bevorzugung wirklich gemeinnütziger Baugesellschaften.
2. Ausschließliche Verwendung der dem hamburgischen Staat für Hausbau zufälligen Hauszinssteuer für den Wohnungsbau.
3. Unbedingte Erhaltung vorhandener sozialer und kommunaler Wirtschaft und zielbewusste Begründung staatlicher Wirtschaft, wo das Allgemeininteresse es erfordert.
4. Erhaltung des Achtstundentages in allen Staatsbetrieben und Förderung des Achtstundentages überall, wo der Staat neben den Gewerkschaften der Einführung des Achtstundentages dienlich sein kann.
5. Ausbau und Sicherung des Arbeitsrechts, des Arbeitsschutzes, des Angehörigen- und Beamtenrechts, soweit der hamburgische Staat dies im Rahmen der Reichsgesetze vermag.
6. Fortführung der Sozial- und Fürsorgepolitik bis zur Höchstgrenze der Leistungsfähigkeit des Staates.
7. Freieste, fortschrittlichste, gleiche und einheitliche Schulpflege für alle Kinder der Bevölkerung.
8. Schutz der parlamentarischen Arbeit vor Sabotage und Herabwürdigung durch Gegner des Parlamentarismus.
9. Anerkennung der demokratischen Republik als geeignete Staatsform zu dem Befreiungskampf der werktätigen Bevölkerung und als sicherster Schutz gegen faschistische und monarchistische Unterdrückungspläne.

Weiter erklärt der Parteiausschuss, die Sozialdemokratie müsse darauf bestehen, daß sich die KPD. in künftigen Verhandlungen ganz klar und unmissverständlich darüber äußere, was sie unter „Mobilisierung der Massen“ verstehe. Wilde Generalstreiks, Putschversuche oder Demonstrationen, wie die am 24. August d. J., wobei jedesmal das Blut von Unschuldigen floß, werde die Sozialdemokratie niemals mitmachen, sondern stets bekämpfen.

Eine nützliche Zusammenarbeit mit den Kommunisten hält die Hamburger Sozialdemokratie für unmöglich, wenn sich die KPD. nicht von der Illusion freimacht, daß sich die SPD. je unter das Kommando der KPD. begeben könnte. Mit einer bloßen Willenserklärung zur Mitarbeit läßt sie sich nicht abpeifen, es müssen reale Garantien für ein Vertrauensverhältnis gegeben werden, ohne das eine Zusammenarbeit nicht denkbar ist.

Alles in allem: Will die KPD., mit der SPD. zusammenarbeiten, dann muß sie sich der Politik nähern, die die Sozialdemokratische Partei Hamburgs vorher geübt und durch die sie bei der Wahl am 9. Oktober das Vertrauen der hamburgischen Bevölkerung erhalten hat.

Eine ähnliche Antwort hat die Sozialdemokratie Altonas den dortigen Kommunisten erteilt. Sie stellt dem kommunistischen „Kampfprogramm der Ausnutzung der proletarischen Mehrheit“ ein „kommunales Arbeitsprogramm“ entgegen. Aber bevor an die Einleitung von Verhandlungen zu denken ist, hat die KPD. Altonas drei Punkte zu unterschreiben.

1. Verzicht auf die willkürliche Aufstellung von Forderungen zur Erweiterung eines etwa zu vereinbarenden Gemeinschaftsprogramms.
2. Erklärung der Bereitwilligkeit, es nicht nur bei den mit harter Steigerung der Ausgaben verknüpften Forderungen zu lassen, sondern gleichzeitig auch die zur Durchführung notwendigen finanziellen Mittel in einer der Stadt nach den gesetzlichen Bestimmungen möglichen Weise mitzuschaffen.

3. Als Voraussetzung und Sicherung für die Durchführung der etwa aufzustellenden Forderungen wird die bindende Erklärung verlangt, ob die KPD. bereit sei, den städtischen Haushaltsplan mit seinen die Reichs- und Landesgesetze erfüllenden und den Anlagern der Aufsichtsbehörden nachkommenden Verpflichtungen mit zur Annahme zu bringen.

Sollte eine unzweideutige Erklärung der KPD. ausbleiben, so wird die Altonaer SPD. darin das Eingeständnis sehen, daß die KPD. nicht ehrlich kommunale Arbeit, sondern nur Agitation für Parteinteressen leisten will.

Die Antworten der Hamburger und der Altonaer Sozialdemokraten lassen keine Hintertüre offen. Sie verzichten auf Phrasen und demagogisches Geschwätz und bekennen sich zu einer sachlichen Arbeit im Interesse der werktätigen Bevölkerung. Die Kommunisten werden einer klaren Entscheidung nicht ausweichen können. Aus ihr wird man ersehen, ob die KPD. Hamburgs und Altonas bereit ist, Arbeiterpolitik zu betreiben oder ob auch sie nur eines jener Manöver beliebt, das die Kommunisten andernorts häufig genug zum Schaden der Arbeiter betrieben hat.

## Vor dem Schlichtungsversuch.

Günstiger Stand des Braunkohlearbeiterstreiks. — Zuversichtliche Stimmung. Lügen der Unternehmer.

Vor Beginn der Schlichtungsaktion, die heute morgen im Reichsarbeitsministerium beginnen soll, ist die Lage des Streiks im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau für die Arbeiterschaft geradezu glänzend. Die Stimmung der Bevölkerung ist zuversichtlich.

Das muß insbesondere gegenüber den Tendenzmeldungen der Unternehmerpresse und der ihr nahestehenden Agenturen betont werden. Eine ganze Reihe von Berichten der Regierungsbehörden belegen, daß von einem Terror nirgend die Rede sein kann. Begreiflicherweise ist die Erleichterung dort groß, wo gänzlich unnötig Schuttpolizei und Technische Nothilfe eingesetzt werden und auf die im Kampf stehenden Arbeiter provozierend wirken.

Im Gegensatz zu den Meldungen der Unternehmer sind die Kalkulationsarbeiten überall sichergestellt, wo nicht der Einfluß der Temo die Betätigung der Arbeiter von vornherein unmöglich macht.

Die tendenziöse Berichterstattung der Fachherren geht auch daraus hervor, daß die Unternehmer in denselben Atem über die Nichtverrichtung von Kalkulationsarbeiten klagen und zugleich erklären, daß ihre Betriebe voll laufen. Mit einer der-

artigen Tendenz mache geben die Unternehmer ihre eigene Sache der Lächerlichkeit preis.

Bemerkenswert ist, daß trotz der Verstärkung des Streiks auch weiter die Arbeiterschaft vollkommen ruhig ist und gar nicht daran denkt, sich zu politischen Zwecken mißbrauchen zu lassen.

### Ruhrunternehmer lehnen Lohnverhandlungen ab.

Der glänzende Verlauf des mitteldeutschen Streiks hält die Ruhrunternehmer an der Ruhr nicht ab, ebenfalls mit dem Feuer zu spielen. Auf die Forderungen nach einer Lohnverhöhung haben sie dem Deutschen Bergarbeiterverband geantwortet, daß im gegenwärtigen Moment eher eine Lohnherabsetzung in Betracht käme!

Die Arbeiterschaft ist an der Ruhr wie andernorts zum Kampfe gerüstet. Weigern sich die Unternehmer, den gerechten Forderungen der Gewerkschaften Folge zu leisten, so tragen sie die Verantwortung für alle Konsequenzen.

(Weitere Meldungen auf der 4. Seite.)

## Antwort an die Schulreaktion.

Genosse Dr. Löwenstein zum Schulgesetz.

Dem zweiten Tage der Reichstagsdebatte war es vorbehalten, den Schulkampf zu seiner vollen geistigen Höhe emporzuführen. Tief in den Niederungen blieb die Rede v. Keudells zurück; weit im Hintergrund verschwamm die Erinnerung an die enge Kengelschleife des Deutschnationalen Rumm und des Zentrumsmannes Rheinländer vor der Rede des Sozialdemokraten Dr. Löwenstein. Wie wenige in den bürgerlichen Fraktionen werden im raschen Ausfließen dieser an tiefen Gedanken überreichen und im edelsten geistigen Sinne marxistischen Rede ihre volle Bedeutung begriffen haben! Zu fremd ist der Schulweisheit unserer Tage noch immer unsere aus dem Durchleuchten des geschichtlichen Entwicklungsprozesses entstehende Betrachtung und Lösung der Kulturfragen. Jeder im Saal aber, auch der durch Dogmen Gebundene, auch der rasende Antisemit bei den Volkischen, auch der politische Eiferer bei den Kommunisten, fühlte in den funkelnden rechnerischen Formulierungen Löwensteins die Klarheit und Kraft marxistischen Erkennens, die Blut sozialistischer Sittlichkeit. In sprachlich vornehmen Wendungen unterschied Löwenstein das religiöse Erlebnis, die religiöse Glaubens- und Phantasiewelt von ihrem Mißbrauch zu sozialer Reaktion. Reisterhaft arbeitete er diese Gegensätze an dem Beispiel des Sozialreaktionärs Seipel heraus.

Vor Löwenstein hatte Frau Jettin gesprochen. Die Sozialdemokratie vergißt nicht, was diese noch immer temperamentvolle Greisin in vergangenen Jahren für das sozialistische Bildungswesen geleistet hat. Ihr die gefälligen Ausfälle gegen unsere Schulpolitik ebenso zurückzugeben, fällt uns nicht ein. Löwensteins Rede war die beste Antwort.

Eine Rede von starkem geistigen Charakter hielt auch die demokratische Abgeordnete Dr. Gertrud Bäumer. Sie führte den deutschen Humanitätsgedanken in den Kampf. Was sie über die Bildungsideale sagte, die nicht dogmenhaft gebunden sein dürfen, wie sie die Versteifung der weltanschaulichen Gegensätze bei den zarten Kindern beklagte, die diese Frage unmöglich begreifen können, fand eigentlich mehr Zustimmung bei den Sozialdemokraten als in ihrer eigenen Fraktion.

In der gestrigen Reichstagsdebatte zum Schulgesetz warf Abg. Frau Dr. Bäumer (Dem.) den Regierungsparteien vor, daß sie sich bisher mit den Problemen überhaupt nicht ernsthaft auseinandergesetzt hätten. Es bestehe kein Zweifel darüber, daß der Entwurf verfassungswidrig sei, auch das Reichsgericht habe in zwei Entscheidungen unzweideutig ausgesprochen,

daß die Gemeinschaftsschule als Regel zu betrachten sei. Die Vorlage sei zur Ausführung der Bestimmungen der Verfassung ganz ungeeignet. Bei der höheren Schule habe sich die weltanschauliche Einstellung als Gemeinschaftsschule mit getrenntem Religionsunterricht zwanglos ergeben, die Volksschule dagegen wolle man zu einer Schule der Trennung und Isolierung machen. Die Demokraten seien aber auch gegen die weltliche Schule, weil sie breite Volksschichten geistig isoliere und von Jugend auf eine Klafft im Rost schaffe. Indem man der Elternschaft das Recht gebe, durch Mehrheitsabstimmung auch über die Kinder anderer zu entscheiden, werde neben der Demokratie der bürgerlichen Gemeinde eine zweite Demokratie der Erziehungsberechtigten eingebaut. Der Kampf um die Schulform müsse dauernden Antrieben schaffen.

Abg. Frau Jettin (Komm.) fordert die Umwandlung der jetzigen Dreiklassen- und Vorklasse in eine Erziehungsschule auf der Grundlagende des produktiven Arbeitsunterrichts. Die Tendenz des vorliegenden Gesetzeswurfs zielt ab auf die Förderung des neudeutschen Imperialismus. Völkerveröhnung im Sinne des Völkerbundes sei nur eine Form der Kriegsvorbereitung gegen Rußland. Warum spreche der Entwurf nur von den Erziehungsberechtigten und nicht von den Erziehungsfähigen? Die Rednerin verlangt zum Schluß die volle Weltlichkeit für alle Schulen. Ein dreifaches Blut gebühre denjenigen, die die Erziehung der Kinder zum Handelsobjekt für ihre politische Agitation machen wollen.

Abg. Dr. Bredt (Wirtschaftl. Bgg.) zieht aus den bisher gehaltenen Reden den Schluß, daß in der Schulfrage allgemeine Bewirkung unter den Parteien herrsche. Der vorliegende Entwurf sei eine brauchbare Grundlage, mit seiner Tendenz erklärt der Redner sich einverstanden.

Abg. Frau Lang-Brumann (Bayr. Bp.) bezeichnet gleichfalls den Entwurf als eine geeignete Grundlage für weitere Verhandlungen, wenn es noch einfacher gestaltet werden könne.

Abg. Scholem (Linke Komm.) nennt den Schulgesetzentwurf einen Versuch des Zentrums, die Herrschaft Roms über das Volk zu sichern.

Abg. Meyer-Frankel (Nat.-Soz.) behauptet, daß der Staat in seiner heutigen Verfassung die Aufgabe, die Hoheit über die Schulausübung, gar nicht lösen könne.

### Abg. Dr. Löwenstein (Soz.)

jagt den Kommunisten, daß sein Optimismus nicht soweit gehe, daß er von Herrn v. Keudell die Verweltlichung der Schule erhoffe. Die Sozialdemokratie, die größte Partei in Deutschland, hat die weltliche Schule als ihr Ideal und mit dieser Forderung besitzt sie das Vertrauen immer größerer Massen, wie die letzten Wahlen es wieder gezeigt haben. Die weltliche Schule als die große öffentliche Schule ist die eigentliche Staatsschule, sie ist die Aufbauschule für das heranwachsende Geschlecht. Die Schule für die künftigen Kämpfer für eine neue, bessere Gesellschaftsordnung. Wir wehren uns mit aller Energie dagegen, daß etwa die weltliche Schule als eine Seiten- schule betrachtet wird. Hinter ihr steht der Wille des Volkes, des

darüber kämpft. Die weltliche Schule ist keine Weltanschauungsschule und die Sozialdemokratie wendet sich mit aller Entschiedenheit gegen den Versuch, weltliche Fragen in dogmatische Formeln umzuwandeln zu lassen. (Sehr richtig! bei den Soz.) Wenn die Anhänger der Konfessionschulen mit ihren großen Zahlen prunken, so dürfte man nicht die Papierfabrianten vergessen, man müsse die unzähligen Menschen abrechnen, die nur noch durch das Steuerzahnen gebunden sind. Für uns ist die Auseinandersetzung mit kirchlichen Einrichtungen eine gesellschaftliche Angelegenheit und wir haben volles Verständnis für die armen Menschen, die in ihrer Not in der Religion ihre Zuflucht suchen. Wir sagen den Arbeitern: Auch die religiösen Formen sind die Folgen einer bestimmten gesellschaftlich-wirtschaftlichen Entwicklung. Wir wollen in ihnen das Bewußtsein ihrer Kraft steigern und das Erkenntnis, daß sie als Klasse dazu berufen sind, eine neue Ordnung der Gesellschaft zu schaffen. (Sehr wahr! bei den Soz.) In diesem Sinne werden wir allerdings schärfste Gegner jeder Umwandlung religiöser Einrichtungen in soziale Reaktion sein. Aus diesem Grunde lehnen wir auch ganz entschieden u. a. die Bestrebungen des Herrn Seipel ab, der die Religion zum Vorwand sozialreaktionärer Bestrebungen machen will.

Wir Sozialisten sind nicht uermessen genug, für alle Zukunft zu behaupten, daß die religiösen Bindungen abgetan seien. Aber wir zeigen die Linie der Entwicklung des großen Werdens der Gesellschaft, und wir geben darin allen geistigen Bestrebungen volle Freiheit.

Wir pflegen uns nicht an irgendwelche Formen weltlicher Anschauungen gebunden zu fühlen, sondern versuchen alle Erscheinungen aus der gesellschaftlichen Entwicklung zu erklären. Alle Lebendigkeit hört dort auf, wo man sie in die Formen und Normen der Vergangenheit zu pressen versucht. (Sehr wahr! bei den Soz.) Für uns ist der Staat nichts anderes als die politische Organisation der Bevölkerung, wir können ihm deswegen nicht die Allmacht geben, wie die Demokraten es wollen. Und des Staatsrecht ist der Ausdruck dieser Dinge, das Ergebnis der politischen Energien und des Kampfes der Klassen, die in ihm ringen. Früher haben weder die Katholiken noch die Protestanten von einem unbefchränkten Erziehungsrecht der Eltern gesprochen, man hat dort im Gegenteil eine Erziehung im einseitigen Sinne und die Ausübung vom Zwang auf die Eltern zur religiösen Erziehung gefordert. Wo ist da das absolute Erziehungsrecht der Eltern? Hat man nicht früher ganz allgemein die Kinder von Dissidenten zum Besuche des Religionsunterrichts gezwungen? Wo war das unbefchränkte Erziehungsrecht der Eltern, von dem jetzt soviel die Rede ist?

Die Berufung auf die Verfassung in dieser Frage ist ganz falsch, von einem unbefchränkten Elternrecht ist dort nirgends die Rede, dagegen wird ausdrücklich anerkannt, daß der Staatswille über dem Elternrecht stehen müsse.

Es steht dort auch nichts von dem Willen der Kirche, sondern nur von dem Antragsrecht der Erziehungsberechtigten. Wir wollen gewiß nicht die Rechte der Eltern einschränken, aber die Verhältnisse haben sich doch gegen die früheren Zustände, wo die Familie die Grundlage der Gesellschaft bildete, wesentlich geändert und wir wollen den neuen Formen der gesellschaftlichen Entwicklung den ihnen gebührenden Einfluß auf das Erziehungswesen geben. Aber wo besteht denn noch die Familie politische Rechte? Ist es nicht der Staatsbürger, der seine politischen Rechte ausübt? Wir sehen in der Verfassung ein Bollwerk gegen soziale und kulturelle Reaktion, sie befriedigt uns noch nicht, wir wollen sie erweitern, aber auch schüden gegen alle Angriffe. Leider können wir nach der Verfassung die weltliche Schule nicht fordern, aber wir erwarten, daß bald die Zeit kommt, in der die weltliche Schule als eine Notwendigkeit allgemein anerkannt wird.

Jetzt verlangen wir, daß die Gemeinschaftsschule so durchgeführt wird, wie die Verfassung es vorschreibt. Daher ist für uns die entscheidende Frage: Steht dieser Entwurf im Einklang mit der Verfassung? Wir sagen: er steht im strikten Gegensatz zur Verfassung. (Sehr richtig! bei den Soz.)

Wir haben aus der Verfassung nachgewiesen, daß die Gemeinschaftsschule als Regelschule eine Vorzugsstellung genießt. Es ist ja auch von hervorragenden Vertretern der Deutschen Volkspartei anerkannt worden, daß jede andere Schulart nur die Ausnahme von dieser Regel sein kann. Die Vorlage der Regierung aber will die Gemeinschaftsschule aus dieser Vorzugsstellung als Regelschule in eine Ausnahmestellung bringen. Ja, jetzt sollen sogar neun Zehntel aller Schulen zu

Konfessionsschulen gemacht werden, ohne daß man sich um das Recht der Eltern kümmert. (Hört, hört! bei den Soz.) Die bisherigen Schulen sollen unverändert werden in Schulen mit härtester kirchlicher Bindung. Wo bleibt da das Antragsrecht der Eltern? Die von der Regierung in der Vorlage angeordnete Form der Schule bedeutet eine ganz eklatante Vorschlechterung des heutigen Schulwesens.

Welche Aufsichtsinstanzen soll der arme Lehrer nach dem Entwurf über sich dulden? Da sind nicht nur die weltlichen Behörden, jetzt soll noch die Kirche dazukommen. Ja, selbst den außerdeutschen und außereuropäischen Religionsgesellschaften soll das Aufsichtsrecht über den Lehrer gegeben werden!

In der Verfassung steht aber nur, daß der Religionsunterricht nach den Grundätzen der Religionsgesellschaften erteilt werden solle. Jede Aufsicht, die darüber hinausgeht, ist verfassungswidrig.

Das haben auch die Lehrerorganisationen erkannt, die vielfach den Beschluß gefaßt haben, den Religionsunterricht niederzulassen, wenn dieser Entwurf Gesetz wird. Und wir stehen hinter diesen Lehrem, die gegen den Gelinngszwang kämpfen, der auf sie ausgeübt werden soll. Wir wollen ein Gesetz, das der Verfassung entspricht, wir wollen ein Schulgesetz, das die Freiheit der Entwicklung sichert, daher lehnen wir den Krebelschen Entwurf ab. (Stürmischer Beifall bei den Soz.)

Am 19. Uhr verlag sich das Haus auf Donnerstag, 18. Uhr. Bei der Festsetzung der Tagesordnung beantragte der Abg. Koenen (Komm.) unter wütenden Ausfällen auf die Sozialdemokratie, daß die sozialdemokratische Interpellation zum Braunkohlensteuergesetz mit auf die Tagesordnung gesetzt werde, so einige von den Kommunisten dazu gestellte Anträge.

Abg. Müller-Franken (Soz.) erklärt dazu, daß die sozialdemokratische Fraktion dafür stimmen werde, die Interpellation auf die Tagesordnung zu setzen, schon um morgen Gelegenheit zu haben, die ungewahren Angriffe des Abg. Koenen auf die Sozialdemokratie abzuwehren.

Der kommunistische Antrag wird abgelehnt. Auf der Tagesordnung steht die Fortsetzung der Schuldebatte, erste Lesung der Besoldungsreform, mehrere Handels- und Grenzabkommen mit anderen Staaten.

### Michaelis gesteht ... und sucht sich herauszureden.

Reichskanzler a. D. Michaelis erklärt. Man hat bei ihm angefragt, also antwortet er. Nicht gerade auf das, was man ihn gefragt hat, oder vielmehr: auf das Gefragte kurz und undeutlich, auf das Nichtgefragte dafür um so weitschweifiger.

Die Sache ist folgende: Der vierte Unterausschuß des Reichstagsuntersuchungsausschusses über die Kriegsfragen hatte von dem ehemaligen Reichskanzler eine Erklärung darüber erbeten, ob er die Echtheit des seinerzeit veröffentlichten Briefwechsels zwischen ihm und dem Kronprinzen anerkenne. Gemeint war in der Hauptsache jener Brief, in dem sich der Reichskanzler Michaelis über die Friedensresolution und den Reichstag lustig macht. (Vgl. Nr. 455 d. B.).

Hierauf erwidert der Befragte zunächst in echt Michaelischer Manier mit einem Dreiviertel „Ja“ und einem Viertel „Ich weiß nicht“. Es heißt in seinem Schreiben an den Ausschuhvorsitzenden Dr. Philipp:

„Ich beziehe persönlich weder den Brief des Kronprinzen, noch meine Antwort an ihn. Ich erinnere mich an den Wortlaut des Kronprinzlichen Schreibens und meiner Antwort jetzt nach 10 Jahren nicht mehr genau, doch glaube ich, daß das, was in der Presse, insbesondere in der „Welt am Montag“ publiziert ist, den Briefen entsprechen mag. Der Kronprinzliche Brief müßte ja in der Reichskanzlei zu finden sein.“

Zum Glück haben sich die beiden Schriftstücke inzwischen tatsächlich angefundnen, damit steht die Echtheit des Michaelischen Schreibens fest. — Michaelis wäre aber nicht

er selber, wäre nicht der Mann der kleinen Pfiffe und Kniffe, wenn er nicht sein Schreiben noch gleich zu einigen Ausschüchten Michaelischer Art benutzte. Obwohl ihn der Ausschuh nur um die Echtheit des Briefes und nicht um seine Ansicht befragt hat, fährt Michaelis fort:

Wir ist nicht erfindlich, warum zu meiner Heuerung über die Juli-Resolution des Jahres 1917 in dem Brief an den Kronprinzen steht mit ganz besonderer Begeisterung und Anfeindung Stellung genommen wird, als wenn es sich um ein ganz neues „Gesandnis“ (vgl. den Artikel des „Vorwärts“ vom 1. Oktober) meinerseits handelt. Ich habe in meinem Buch „Für Staat und Volk“ auf Seite 324 ff. inhaltlich das selbe gesagt, und habe dies auch mit den damaligen Vertretern der Parteien in tagelangen Verhandlungen oft zum Ausdruck gebracht. (Es folgt ein Zitat aus dem Michaelischen Buche. Red. d. „Vorwärts“.)

Hieraus dürfte sich ergeben, daß meinerseits eine Täuschung nicht beabsichtigt oder gar durchgeführt worden ist, indem man es sich um offene Verhandlungen über die mir bedenklich erscheinende Friedensresolution gehandelt hat.

Michaelis spekuliert wohl doch etwas zu stark auf die Bergechlichkeit der Welt. In den Verhandlungen jener Zeit kam es in allererster Linie darauf an, daß die Regierung in öffentlicher Sitzung sich gleichzeitig mit der Mehrheit des Parlaments auf den Boden der Resolution stellte. Das war Ziel und Zweck der Verhandlungen, und das hatte Michaelis nach Hin und Her schließlich zugesagt. Er gab dann auch, wie ausgemacht war, die Erklärung ab, daß die Regierung der Friedensresolution des Reichstags zustimme, aber er entwertete diese Erklärung, ja verkehrte ihre Wirkung für das Ausland ins Gegenteil durch den berühmten Zusatz „wie ich sie auffasse“. Vief man nun, daß gleich nach dieser Tat Herr Michaelis an den Kronprinzen die Sätze schrieb: „Die berühmte Resolution ist ... angenommen. Durch meine Interpretation derselben habe ich ihr die größte Gefährlichkeit geraubt. Man kann schließlich mit der Resolution jeden Frieden machen“ — so ist hier für jeden Denker den Beweis der Hinterhältigkeit klar gegeben.

Wir glauben Herrn Michaelis, daß er das nicht begreift. Er vermag es nicht einzusehen, weil solches Handeln durch die geistigen Atmosphäre des Muckertums entspricht, in der Herr Michaelis lebt und von der einmal wihig gefagt worden ist: Im Pietismus betrügen die kleinen Leute den lieben Gott und glauben, er merkt's nicht. —

### Erst deutschnational, dann KPD.

Aus dem Werdegang eines kommunistischen Spaltpfizes.

Die Sozialdemokratische Partei hielt in Strassburg u. U. kürzlich eine öffentliche Versammlung ab, in der der Gen. Krüger-Brandenburg über den Bürgerkrieg im Reich und die deutsche Arbeiterklasse sprach. Als Diskussionsredner war der kommunistische Bundtagsabgeordnete Kasper-Berlin erschienen, der die Aufgabe hatte, die Tätigkeit der Sozialdemokratie einer „vernichtenden“ Kritik zu unterziehen.

Schon während der ersten Ausführungen des sozialdemokratischen Redners wurde Kasper gefagt, daß er als ehemaliger deutschnationaler Handlungsgehilfe am allerwenigsten geeignet ist, Kritik an der Arbeit der Sozialdemokratie zu üben, die schon in der Vorkriegszeit Jahrzehnte hindurch für die minderbemittelten Bevölkerungsschichten wirkte. Auf diese Ausführungen mußte Kasper in seiner Diskussionsrede antworten und erklärte, daß er von 1907 bis 1914 — volle sieben Jahre lang — dem deutschnationalen Handlungsgehilfenverband angehört, 1916 Mitglied der SPD. geworden sein will, dann Mitglied der USPD wurde, um nach der Spaltung der USPD. in Halle durch den damaligen Abbeherrscher, jetzt abgefagten Führer der Kommunistischen Internationale, Sinowjew, zur KPD. überzutreten. Daher das Bemühen dieses „Arbeitervertreters“, durch Spaltarbeit den Deutschnationalen zu helfen.

## Streikendes Dorf.

Von Hans Bauer.

Böhlen bei Leipzig, den 18. Oktober 1927.

Der Schaffner ruft ab: Böhlen! Ich steige aus. O, ich als einer Leipziger kenne Böhlen. Im Sommer ist es Operationsbasis unternehmungslustiger Sonntagsausflügler. Im Herbst ist es ein einsames, graues, nichtsagendes Dörfchen. Jetzt, im Streik, ist es Kampffront der organisierten Arbeit: eine von vielen!

Am Bahnhofsausgang zwei Schupos mit umhängtem Gewehr. Hundert Schritt weiter die ersten Gruppen müßiger Arbeiter. Dann immer neue Gruppen. Am Dorfzugang, dort, wo die Landstraße nach dem Braunkohlenwerk führt, sind Plakate an die Bäume gehängt. Eines bittet, jenes höfliche Ausdrück ist gewählt, zureißende Kameraden, der gerechten Sache nicht in den Rücken zu fallen. Ein anderes ist ironisch. „Nur für Streikbrecher!“ verflucht es und will damit sagen, daß ein anständiger Arbeiter bis auf weiteres diesen Verbindungsweg nicht in Anspruch zu nehmen braucht.

Ein junger Genosse führt mich im Kampfgebiete herum. Wir begegnen einem mit Kaitragen beladenen Wagen. „Die Kammen aus unseren Baracken“, karrt mich mein Begleiter auf. „Die sind für die Untertunungssträume der Schupo bestimmt.“ Die Verflechtung ist hart. Wer nicht arbeitet, soll nicht essen, er soll auch nicht wohnen. Wer den Verdienst kündigt, kündigt gleichzeitig die wenn auch enge und provisorische Wohnstätte. Aber es hilft der Verteilung nichts. Die glücklicheren Kollegen, die auf die Baracken nicht angewiesen sind, wissen, was sie den Kampfgefährten schuldig sind und stellen ihnen in echtem Solidaritätsgefühl zur Not unbehrliche Kammern und Sofas zur Verfügung.

Es nimmt mich wunder, daß verhältnismäßig viel Schornsteine rauchen. Mein Führer lachelt. Ich solle mir einmal die Farben der Rauchfahnen ansehen. Es fällt mir auf, daß nur aus einer der Ecken Schmutzgrauer Rauch aufsteigt, und daß der der anderen Ecken vom Weis leuchtender Unschuld ist. Nur der graue Rauch ist wirklicher Arbeitsrauch, wirklicher Kohlenrauch. Er stammt aus dem Raufwerk, das noch in Betrieb ist. Aber die anderen Rauchfahnen bestehen aus Schmutzrauch, aus Atmungsrauch. Es sind Abdämpfe aus den Gegenbrühmaschinen: Wasserdämpfe, die nichts zu besagen haben und nur durch die Esse gejagt werden, um vorzuläuschen, was nicht mehr vorhanden ist: Betrieb.

Wir sind an die Zeche herangekommen. Wir blicken über eine Brüstung hinweg in einen tief unter uns sich dehrenden Arbeitsbereich. Ein paar zwerghafte Stecke, drei oder vier, trabbeln weit von uns entfernt herum: Streikbrecher. Es ist nicht ersichtlich, was sie treiben. Es ist nur sicher, daß sie, so ganz allein auf diesem gigantischen Komplex, den Eindruck jammervoller Hilflosigkeit und Verlassenheit erwecken. Der Meilenstein des Wertes läßt sich durch sie in keinem Maße nicht stören. Er ruht.

Zwei Uhr mittags. Aus einer der Verarbeitungsfabriken kommt ein Auto herausgefahren. Ein großer, verbederter Wagen. Er ist, merkwürdiger Zufall!, gelb, tanarienvogelgelb angestrichen. Es muß ein wichtiger Wagen sein, denn er begegnet einer diekfälligen Nummernlampe. Nicht nur, daß er von einer Schupo-Patrouille per Rad flankiert ist, auch die Streikenden, die allenthalben auf der Straße herumstehen, bilden Spolier. Das Streikbrecherauto kommt! Die Streikbrecher wechseln die Schicht! O, die da drinnen haben ein schlechtes Gewissen. Sie meiden den Blick durch die Scheiben. Sie blicken emsig vor sich hin. Manche haben einen geradezu verstärkten Gesichtsausdruck. Ihre Angst ist unberechtigt. Es ist die Parole ausgegeben, auf keinen Fall Gewalt anzuwenden, aber das bedeutet freilich nicht den Verzicht auf jene moralische Stäupung, die nicht einmal in verächtlichen Zurufen zu bestehen braucht, sondern die schon in einem höhnischen oder aber in einem trauernden Blick liegen kann.

Ich gehe nach dem Bahnhof zurück. Ich höre herum, was so gesprochen wird. Nichts Pathetisches. Aber auch nirgendwo etwas Mittloses. Wie vieles auf der Welt ist ja auch so ein Streik so ganz anders, als er meist im Kino dargestellt wird.

### Berufungsstand an der Universität Jena.

Prof. L. Plate, Jena, sendet uns folgende Berichtigung: „Unter der Überschrift „Berufungsstand an der Universität Jena“ ist in der Nummer vom 19. August 1927, Abendausgabe, eine Mitteilung des Hrn. Prof. W. Boerling von der Universität Jena erschienen, deren Angaben bezüglich einer Berufung von A bis Z unklar sind. Unklar ist, daß der dort genannte Eduard Uhlmann, Rustos des phyletischen Museums“ ist, er ist vielmehr Konservator desselben. Unklar ist, daß er in eine „außerordentliche Professur“ „berufen“ ist; er hat vielmehr einen Lehrauftrag für angewandte Entomologie und den Titel eines außerordentlichen Professors erhalten. Daher war selbstverständlich auch eine Habilitation nicht nötig. Weiter ist unklar, daß „eine einzige wissenschaftliche Leistung“ vorliegt, er hat vielmehr eine Reihe anerkannter Schriften geschrieben. Unklar ist die Behauptung des Fräulein Boerling, daß ein Artikel in der Jenerer Zeitschrift für Naturwissenschaft „nur zusammengelesene Ansichten anderer Leute“ enthält. Wahr ist, daß dieser Aufsatz über „Entwicklungsgänge und Artbegriff“ manche neue Angaben und kritische Gedanken enthält und daher in der Fachpresse sehr günstig beurteilt worden ist. Da eine Berufung überhaupt nicht erfolgt ist, kann auch ein „Berufungsstand“ nicht vorliegen.“

Zu dieser Berichtigung schreibt uns Prof. W. Boerling: „Prof. Plate von der Universität Jena, der seit Jahren die frühere sozialistische Regierung in Thüringen wegen angeblich leichfertiger Berufungen angriff, hatte sich nicht geschau, seinen Freund und Mitarbeiter Uhlmann ohne Habilitation und ohne entsprechende wissenschaftliche Leistungen als Professor an die Universität Jena zu lancieren. In seiner Berichtigung entkräftet er den erhobenen Vorwurf nicht, sondern bestätigt ihn in vollem Umfange. Herr Plate

gibt, genau wie es hier dargestellt war, zu, daß Uhlmann ohne vorherige Habilitation zum außerordentlichen Professor ernannt ist. Eine grobe Unwahrheit ist es aber, daß — wie Plate behauptet — zu dieser Ernennung eine vorherige Habilitation als Privatdozent nicht nötig sein soll. Nach der Hauptfassung der Universitäts Statuten können nur Privatdozenten und zwar in der Regel nach sechsjähriger Bewährung in Lehre und Forschung zu nicht-beamteten außerordentlichen Professoren ernannt werden. Keine dieser Voraussetzungen trifft bei Uhlmann zu, insbesondere hat er sich — wie Plate selbst zugibt — nicht habilitiert, war also nicht Privatdozent. Seine Ernennung ist also, abgesehen von allem anderen, auch in der Hinsicht ein Skandal, daß sie gegen die Hauptfassung verstößt, und Herr Uhlmann konnte nach den Statuten der Universität allerdhöchstens einen Lehrauftrag erhalten.

Herr Plate sucht schließlich noch die wissenschaftlichen Verdienste seines Freundes Uhlmann zu retten. Er schreibt, daß Uhlmann eine „Reihe anerkannter Schriften“ verfaßt hat. Es ist bezeichnend für Plates Kompfweise, daß er keine dieser Schriften nennt. Uhlmann selbst hat offiziell als seine „Werte“ nur seine Dissertation, und den von mir erwähnten Aufsatz in der Jenerer Zeitschrift für Naturwissenschaft angegeben, der sich für jeden Leser selbst charakterisiert. Wenn Plate derartige Leistungen als ausreichend für eine Ernennung zum außerordentlichen Professor verteidigen will, dann ergeben sich ungeahnte Perspektiven für die akademische Laufbahn.

Schließlich schreibt Herr Plate, Uhlmann sei nicht Rustos, sondern Konservator des Museums. Um so schlimmer, denn da der Konservator im amtlichen Verzeichnis hinter dem Rustos rangiert, so wird die Basis für die Ernennung Uhlmanns noch geringfügiger, als sie ohnehin schon ist.“

Noch ein Kleist-Standal. Zum 150. Geburtstag von Heinrich v. Kleist hatte die Kleist-Stiftung einen Aufruf an die deutschen Bühnen erlassen, das Dichterhonorar für ein am 18. Oktober ausgeführtes Kleist-Werk in dem Umfang, wie heute die Dichter es zu empfangen pflegen, der Kleist-Stiftung für ihre Aufgaben zu spenden. Damit sollten die Bühnen baron mitwirken, wenig bemittelte Dichter deutscher Sprache, insbesondere Dramatiker, die noch um Anerkennung ringen, jährlich so zu fördern, daß ihnen das Kleist-Schickal erspart bleibt. Außerdem hat die Kleist-Stiftung sich an 140 deutsche Großindustrielle und Großhändler gewandt, mit der Bitte, zum Gedenktage des Dichters an einer Stürzung des Stützungsfonds beizutragen. Das Ergebnis beider Aufrufe, wenigstens soweit es jetzt vorliegt, ist beklagenswert geringfügig. Obwohl der Aufruf an die Bühnen vom Bühnenverein geprüft und unterstützt worden ist, sind Zulagen von dieser Seite bis jetzt überhaupt nicht eingegangen. Wenn auch die Kleist-Stiftung mit der Möglichkeit rechnet, daß noch einzelne Beiträge übermieten werden, schält sie doch das Ausmaß eines solchen Erfolges sehr gering ein. Von den Wirtschaftsführern, die man um ihre Unterstützung gebeten hat, haben überhaupt nur vier geantwortet, obwohl mit reichlicher Ueberlegung nur solche Persönlichkeiten auf die Bitte gefaßt worden waren, von denen man mit einiger Wahrscheinlichkeit eine zustimmende Antwort erwarten konnte.

So ehren die Hugenberg und Konsorten den großen deutschen Dichter, den sie durch ihre Literaturbillsiken für ihre nationalen Belange in Anspruch zu nehmen die Freiheit haben.

# 400 Millionen Massensteuer mehr!

Die Reichsfinanzen April — September 1927.

Das Reichsfinanzministerium veröffentlicht heute die Uebersicht über die Einnahmen des Reichs an Steuern, Zöllen und Abgaben in der Zeit vom 1. April bis zum 30. September 1927. Damit läßt sich die Entwicklung der Reichssteuereinnahmen im ersten Halbjahr des laufenden Rechnungsjahres verfolgen. In der nachstehenden Uebersicht werden die Gesamteinnahmen und die wichtigsten Massen- und Besitzsteuern mit dem Voranschlag für sechs Monate und dem Aufkommen der entsprechenden Zeit der Jahre 1926 und 1925 gegenübergestellt.

	April/Sept. 1927		Aufkommen April/September	
	Kaufm.	Voransch.	1926	1925
	<b>in Millionen Mark</b>			
Gesamt	4115,4	3675	3359,6	3584,1
Massenbelastung	2650,9	2585	2286,1	2659,7
dabon				
Lohnsteuer	640,7	550	580,5	749,7
Umsatzsteuer	571,8	480	480,5	709,3
Verkehrssteuer	181,1	162,5	159,2	174,0
Zölle	625,0	445	414,1	236,6
Verbrauchssteuern	825,3	777,5	710,0	726,9
Besitzbelastung	1464,5	1490	1123,5	924,4
dabon				
Einkommensteuer	610,9	710	507,3	580,9
Körperschaftsteuer	289,6	300	197,8	93,8
Vermögenssteuer	200,0	285	116,3	88,7
Erbischtssteuer	33,1	50	12,0	14,8

Aus der Uebersicht ergibt sich zunächst, daß die gesamten Reichssteuereinnahmen im letzten Halbjahr vier Milliarden überstiegen. Davon entfielen 2650 Millionen auf die Massenbelastung und 1464 Millionen auf die Besitzbelastung. Die Massensteuern haben also wie in den Vorjahren wiederum rund zwei Drittel der Gesamteinnahmen aufgebracht. Die größte Massensteuer ist die Lohnsteuer mit 640 Millionen, jedoch wird ihr Ertrag von den Zöllen fast erreicht, aus denen 625 Millionen aufgetrieben sind. Bei der Besitzbelastung stehen die veranlagte Einkommensteuer mit 610 Millionen, die Körperschaftsteuer mit 240 und die Vermögenssteuer mit 200 Millionen an der Spitze.

Vergleicht man das tatsächliche Aufkommen mit dem Voranschlag für sechs Monate, so ergibt sich ein Ueberschuß von rund 240 Millionen. Dieser Ueberschuß stammt allein aus den Massensteuern, die den Voranschlag um 250 Millionen überschritten haben, während die Besitzsteuern um 25 Millionen dahinter zurückblieben. Vergleicht man bei der Massenbelastung Voranschlag und Aufkommen im einzelnen, so zeigt sich, daß

### Zölle und Verbrauchssteuern einen Ueberschuß von 235 Millionen

geliefert haben, von dem allein 180 Millionen auf die Zölle entfallen. Die amtliche Erläuterung führt das Mehraufkommen an Zöllen zum wesentlichen Teil auf die außergewöhnlich hohe Getreideeinfuhr zurück, die infolge der ungünstigen Ernte des Vorjahres und teilweise wegen der unzulänglichen Qualität des Getreides aus der diesjährigen Ernte erforderlich gewesen ist. Die Mehreinnahmen des Reichs aus den Zöllen sind also zum großen Teil tatsächlich Mehreinnahmen aus der Brotsteuer.

Die Lohnsteuer hat den Voranschlag um 80 Millionen überschritten, da ihr Aufkommen für das laufende Rechnungsjahr nur auf 1100 Millionen geschätzt worden ist. Gegenüber dem gesetzlichen Höchstaufkommen von 1200 Millionen beträgt die Ueberschreitung 40 Millionen und, wenn man die Erstattungen einrechnet, 60 Millionen. Nur die Umsatzsteuer bleibt um 80 Millionen hinter dem Voranschlag zurück, aber nach der Ansicht des Reichsfinanzministeriums wird das Aufkommen im Winterhalbjahr steigen.

Bei der Besitzbelastung weist die Einkommensteuer einen Fehlbetrag von rund 100 Millionen auf, für den das Reichsfinanzministerium keine Erklärung gibt. Dagegen erklärt das Reichsfinanzministerium den Rückstand bei der Vermögenssteuer in Höhe von 35 Millionen mit dem Rückstand der Veranlagung und den Fehlbetrag bei der Erbschaftsteuer von 27 Millionen mit umfangreichen Stundungen. Einen teilweisen Ausgleich bringt das Mehraufkommen der Körperschaftsteuer mit 40 Millionen und das der Kapitalertragssteuer mit 27 Millionen.

Ein Vergleich der Ergebnisse des ersten Halbjahres 1927 mit dem gleichen Zeitraum der Rechnungsjahre 1926 und 1925 zeigt, daß das Gesamtaufkommen in diesem Jahre um 750 Millionen höher war als 1926 und um 530 Millionen höher als 1925.

### Von diesen Mehreinnahmen brachte die Massenbelastung allein 400 Millionen

im Vergleich mit 1926, und zwar sind die Einnahmen aus der Lohnsteuer um mehr als 100 Millionen, die aus Zöllen um mehr als 200 Millionen gestiegen. Im Vergleich zu 1925 hat die Massenbelastung nahezu den gleichen Ertrag gebracht. Sie ist also nach Ueberwindung der Wirtschaftskrise trotz der wiederholten Ermäßigung der Umsatzsteuer nicht gesunken, weil andere Massensteuern, insbesondere Zölle und Verbrauchssteuern, gestiegen sind. Die Verbrauchssteuereinnahmen sind gegenüber den beiden Vorjahren um 100 Millionen gestiegen, die Zollerträge haben sich im Vergleich mit 1926 um 214 Millionen, mit 1925 sogar um 365 Millionen erhöht.

Auch die Besitzbelastung weist gegenüber den beiden Vorjahren beträchtliche Steigerungen auf, aber diese Mehrträge besagen einstweilen nur, daß in diesem Jahre die Veranlagung schneller vorangeschritten ist. Sie berechtigt noch nicht zu der Annahme, daß im ganzen Rechnungsjahr ähnliche höhere Einnahmen erzielt werden.

Die Ueberschreitung des Voranschlags durch die Massenbelastung um 250 Millionen, die Zunahme ihrer Erträge gegenüber dem Vorjahre um mehr als 400 Millionen und insbesondere das ungeheure Anwachsen der Zollbelastung machen

### eine Ermäßigung der Massenbelastung dringend notwendig.

Diese Ermäßigung kann wirksam nur durch eine beträchtliche Senkung der Lohnsteuer erreicht werden. Die Herabsetzung der Lohnsteuer muß erfolgen, weil sie den gesetzlichen Halbjahresertrag von 600 Millionen überschritten hat, und sie muß außerdem einen Ausgleich für die Steigerung der anderen Massensteuern bringen. Deshalb verlangt der sozialdemokratische Gesandtschaftsleiter über die Senkung der Lohnsteuer die Heraushebung des steuerfreien Existenzminimums von 100 auf 140 M. monatlich. Nur wenn dieser Gesandtschaftsvorschlag vom Reichstag angenommen wird, ist die Senkung der gesamten Massenbelastung auf ein erträgliches Maß möglich.

Dr. Erich Reimer.

# Gürtners Schuld am Hitler-Putsch.

Schweyer sagt aus. — Schwere Anklagen gegen Gürtner und Knilling.

München, 19. Oktober. (Eigener Bericht.)

Der Parlamentarische Untersuchungsausschuh des Bayerischen Landtages nahm am Mittwoch seine Sitzungen wieder auf. Das steigende Interesse an den Verhandlungen war durch die Anwesenheit zahlreicher Mitglieder des Landtages und die große Beteiligung der Presse gekennzeichnet.

Der Ausschuhvorsitzende Abg. Siang stellte zunächst ein Schreiben des Ministerpräsidenten mit, wonach der zu vernehmende Zeuge Dr. Schweyer von der Verpflichtung zur Wahrung des Amtsgeheimnisses entbunden ist.

Es folgte nun die Vernehmung des ehemaligen Polizeiministers Dr. Schweyer. Ihm wurden folgende zwei Fragen vorgelegt: 1. Welche staatspolitischen Gründe sprachen für die Durchführung des Strafverfahrens gegen Hitler und Genossen? 2. Hätten die Sicherheitsverbände im August 1923 die Durchführung dieses Verfahrens gestützt?

### Schweyer paßt aus.

Dr. Schweyer schildert die Entwicklung der innerpolitischen Verhältnisse vor dem Jahre 1923. Nach Wiederwerfung der Republik in Bayern nur mehr wenig in Erscheinung; mit den Kommunisten konnte die Polizei ziemlich leicht fertig werden. Dazu kam, daß sich die Regierung im Kampf gegen den Kommunismus auf eine durchaus zuverlässige polizeiliche Macht stützen konnte. Es war nicht schwer, eine geschlossene Einheitsfront gegen links herzustellen.

Während es bei Angriffen von Rechtsradikalen. Hier handelte es sich mehr und mehr um den herankommenden Kampf um die Macht im Staate überhaupt. Es liegt eine gewisse Tragik darin, daß die durchaus nationale Regierung Knilling ihre eigentlichen politischen Schwierigkeiten zum großen Teil bei Anhängern von Parteien fand, die in der Koalition vertreten waren. Das kam daher, daß die Hitlerbewegung als nationale vaterländische Bewegung viel länger galt, als sie es in Wirklichkeit war. Es war nun schwer für eine nationale Regierung, gegen etwas anzukämpfen, was in weitesten Kreisen als etwas Nationales galt. Der Polizeiminister hatte die beste Gelegenheit, Kenntnis von der Gefahr dieser verlannten nationalen Bewegung zu erhalten. Dadurch trat schon eine Differenzierung der Auffassung im Kabinett zutage. Die Mißliebigkeit des Polizeiministers steigerte sich allmählich zum grimmigen Haß der Hitlerleute.

Es kam zur Hollarung des Polizeiministers gegenüber den vaterländischen Verbänden und sogar gegenüber einigen seiner Kollegen.

Der Unterschied in der Auffassung des Kabinetts war der: Knilling und Gürtner vertraten die Politik der Versöhnung und Wiedergewinnung, während ich die Politik des starken Zugreifens und der restlosen Androhung der staatlichen Machtmittel gegen alle Uebergreifer vertrat. Knilling glaubte, die Vaterländischen und die Radikalen unter einen Hut zu bringen, ich aber hielt das für unmöglich. Auch Kahr hatte bekanntlich diese Versöhnungspolitik betrieben, auch er war ohne Erfolg geblieben.

Durchaus unklar waren auch die Verhältnisse zwischen Reichswehr und Landespolizei. Es hat Zeiten gegeben, wo der Polizeiminister nicht sicher sein konnte, ob diese beiden wirkliche Machsinstrumente waren, wenn es galt, rechtsradikalen Elementen entgegenzutreten.

Der Chef der Landespolizei machte aus seiner Einstellung kein Hehl, so daß man sich nicht zu wundern braucht, wenn die Landespolizei dem gleichen Gefühl erfaßt war. Er hatte sich überhaupt viel zu viel mit Politik befaßt!

Zu den Vorgängen des 1. Mai erklärte der Zeuge, daß allerdings eine erhöhte kommunistische Propaganda festzustellen war, von irgendwelchen Uebergreifen von links aber keine Rede sein konnte. Dagegen standen von rechtsradikaler Seite solche Uebergreife in Aussicht, besonders nachdem der politische Berater der Kampfbünde, der frühere Justizminister Dr. Roth, am 30. April von der Regierung den Ausnahmezustand und Aufruf der Rotpolizei (Vaterländische Verbände) verlangt hatte. Mit wenigen Worten schilderte dann Dr. Schweyer die bereits bekannten Tatsachen des 1. Mai. Dabei betonte er ausdrücklich, daß man ihn als den zuständigen Polizeiminister in keiner Weise von

dem bevorstehenden bewaffneten Auftreten der Kampfbünde verständigt habe. Er sei direkt ausgeschaltet worden, was um so merkwürdiger berührt, als der Chef der Landespolizei, Oberst von Scher, Kenntnis von dem Aufmarsch hatte, und seinen vorgeetzten Minister pflichtgemäß hätte ins Bild sehen müssen.

### Schwere Anklagen gegen Gürtner. — Ein Brief Kahr's.

Am 3. Mai hat der Innenminister die Anzeige gegen Hitler und Genossen wegen Vergehens gegen § 127 des Strafgesetzbuches erstattet und im Verlauf der Monate wiederholt beim Justizministerium über den Stand des Verfahrens nachfragen lassen, zuletzt Anfang September 1923. Immer aber hat er die Auskunft erhalten: Die Vernehmung ist noch nicht abgeschlossen, das Verfahren ist noch nicht bereit. Justizminister Gürtner hat die Frage der Verlegung des Verfahrens auch niemals im Ministerrat angefaßt. Es fällt mir schwer, zu glauben, so erklärte Schweyer, daß diese Unterlassung nur Zufall sein soll.

Das Sensationellste der Darlegungen Schweyers bestand nun in der Verlesung eines Briefes, den der Generalstaatskommissar von Kahr am 30. Mai 1924, also nach dem Hitler-Prozess, dem Zeugen geschrieben hat und dessen Inhalt das Verhalten Gürtners in besonders scharfem Licht zeigt. Der Brief hat folgenden Wortlaut:

„Man macht mir im Ministerkollegium hauptsächlich den Vorwurf, daß die Hitler-Bewegung nicht früher unterdrückt wurde. Wenn die Staatsregierung das wollte, so war der Zeitpunkt für ein solches Handeln nach dem innen- und außenpolitisch unheilvollen Auftreten Hitlers am 1. Mai 1923 gegeben. Das damals einsetzende Strafverfahren hätte sich angelehnt der großen Erbitterung in diesen Kreisen ohne erhebliche Verwicklungen, ohne besonders schwere Scaffolgen für die Beteiligten und ohne politischen Skandal abwickeln lassen. Bayern hätte dann Ende September seinen Generalstaatskommissar gebraucht und mir, der bayerischen Regierung, dem bayerischen Staate und dem Reich wäre die Katastrophe vom November 1923 und die noch größere Katastrophe des Hitler-Prozesses erspart geblieben. Es war aber nicht meines Amtes als Regierungspräsident von Oberbayern, im Frühjahr 1923 einzugreifen. Euer Hochwohlgeborenen haben vielmehr bei unserer jüngsten Unterredung vom 23. Mai ohne weiteres erklärt, daß Sie dieses Vorgehen für notwendig gehalten hätten, daß hier ein Verjäumnis der Staatsregierung vorliege und daß bei einer solchen rechtzeitigen Vereingung späteres Unheil vermieden worden wäre.“

Bei der Erörterung der Gründe, die für die Durchführung des Verfahrens gesprochen haben, erklärte der Zeuge Dr. Schweyer, daß es sich für ihn darum gehandelt habe, die Staatsautorität zu wahren und gegen die rechtsradikale Bewegung ein Beispiel zu statuieren. Die Nichtdurchführung des Verfahrens war ein förmlicher Anreiz für Hitler. Die Verurteilung und Vollstreckung der Strafe hätte zweifellos eine günstige Wirkung bei der großen Volksmassen in ihrer Einstellung zu Hitler gehabt. Die Verurteilung Hitlers war für mich vollständig glatt, und wenn Justizminister Gürtner daran zweifelt, so stellt er m. E. der Justizverwaltung ein schlechtes Zeugnis aus. Wenn man aber nicht sofort das Verfahren hätte durchführen wollen, so hätte man mindestens die Bewährungsstrafe für Hitler betreffend seiner drei Monate Gefängnis wegen Landfriedensbruchs sofort prüfen müssen. Auch das ist bekanntlich nicht geschehen. Es kann auch gar keine Rede davon sein, daß zwischen mir und dem Kabinettschef Knilling so tiefegehende Konflikte bestanden hätten, daß unsere Aussprüche in einem Prozeß gegen Hitler eine Katastrophe für die bayerische Regierung bedeuten hätte. Im übrigen hätte die Folge den Schuß der Prozedurführung zweifellos gemäßigteren können, und gegen eventuelle landesverräterische Betätigung Hitlers in diesem Prozeß hätte man mit einer Reihe von Mitteln vorbeugen können.

In die Darlegungen Schweyers knüpfte sich eine lange Fragestellung, die aber im wesentlichen keine neuen Gesichtspunkte ergab. Die Beweisurträge des Richterpräsidenten Dr. Hoegner wurden mit Ausnahme des Antrags über die Beziehungen der Kampfbünde zur Reichsregierung vorerst zurückgestellt. Der Ausschuh muß über diesen Beweisurtrag noch Bericht stellen und dann über den Komplex vom 1. Mai 1923 Feststellungen treffen.

Nächste Sitzung Donnerstag nachmittags.

### Das kommt davon!

Der Nachtanzschwindel kehrt sich gegen seine Urheber.

Man erinnert sich noch der wüsten Hehe, die bei den letzten Stadtverordnetenwahlen von den Deutschnationalen in Presse und Versammlungen wegen angeblicher „Nachtanzüge“ in Berliner Volksschulen getrieben wurde. Auf die Berliner Wähler, die den Schwindel leicht durchschauten, hat die verlogene Giftmischerei wenig Eindruck gemacht. Dafür kann sich aber jetzt die Deutschnationale Partei rühmen, dem deutschfeindlichen Ausland einen neuen „Beweis“ für das deutsche Barbarentum geliefert zu haben.

Ohne Parteiunterschied hat jüngst die gesamte deutsche Presse gegen die völlige Unterdrückung des deutschen Schulwesens in Südtirol durch den Faschismus protestiert. Jetzt antwortet darauf die in Rom erscheinende „Tribuna“ — mit den deutschnationalen Hehl- und Lügen aus dem letzten Berliner Wahlkampf! Die italienische Schule Südtirols, so schreibt die „Tribuna“, sei frei von jedem Makel, in ihr führe man keine Nachtanzüge auf wie in Berliner Gemeindegemeinschaften, ihre Schulleiter und Schülerinnen seien nicht zu 40 Prozent geschlechtskrank, wie das in Berlin der Fall sei. — Mit diesen Ausföhrungen erregt natürlich die „Tribuna“ den Zorn der deutschen Patrioten. In großer Erregung erwidert die „Deutsche Tageszeitung“:

Das faschistische Regime ist, wie bekannt, selbst äußerst empfindlich gegenüber der Verbreitung von Nachrichten, die es in eine ungünstige Beleuchtung rücken könnten, auch wenn es sich nur um eine wohlbegründete Kritik handelt. Was würde man in Italien sagen, wenn ausländische Korrespondenten ähnliche beleidigende Behauptungen hinsichtlich italienischer Zustände verbreiten wollten?

Beleidigende Behauptungen? Ach, siehe da! Niemand anders als die Deutschnationale Partei hat der „Tribuna“ den Stoff zu ihren beleidigenden Behauptungen gegen Deutschland geliefert! Und nun, wo das Ausland ihre Lügen für bare Münze nimmt, beschwert sie sich im Tone des gekränkten Biedermanns. Patrioten!

### Jugendfeindliches Bürgertum.

In der fortgeschrittenen Beratung über die Grenzen des Straf- und Jugendmündigkeitsalters führte Genossin Pfaff im Strafschulsausschuh aus: Schon die Tatsache, daß so viele Jugendliche rückfällig würden, nötige zu einer Änderung der bestehenden gesetzlichen Bestimmungen. Man müsse die hohe Jugenddelinquenz nicht mit

Strafen bekämpfen, sondern müsse dies mit Erziehungsmaßnahmen tun. Man lege die Jugendlichen in normale Lebensbedingungen, und sie werden kaum noch mit dem Gesetz in Konflikt geraten. Wenn so viele Bestrafungen von Jugendlichen zu verzeichnen seien, so liege das an den ungünstigen sozialen Verhältnissen, in denen sich die Aktivität, die in der Jugend steckt, dahin auswirke, daß strafbare Handlungen begangen würden. Mit Strafmaßnahmen, wie sie nach dem Sachverständigen zu geben seien, weil die Jugendlichen erst im Gefängnis zur Ruhe kämen, schaffe man das große Verbrechertum nicht ab. Brutale Gefehce brutalisieren das Volk erst. Die Heraushebung des Straf- und Jugendmündigkeitsalters werde zur Besserung der Verhältnisse führen.

Abg. Scheffer (Z.) widersprach den sozialdemokratischen Anträgen. Die Gutachten der Sachverständigen könnten wohl bei der Beurteilung eines einzelnen Falles zur Straffreiheit oder Strafminderung führen. Auf Grund dieser Gutachten könnte man aber nicht so weit gehen, generell die Straffreiheit aller noch nicht Sechszehnjährigen einzuföhren. Auch der katholische Caritasverband, der sich besonders auf Kenner der Jugend stütze, wünsche keine Abänderung der geltenden Bestimmungen. Wenn diese Sachverständigen der Ansicht seien, daß es bei dem jetzigen Straf- und Jugendmündigkeitsalter von 14 Jahren verbleiben solle, so sei dies ganz gewiß richtig.

Abg. Stoecker (Komm.) verlangte Heraushebung des Straf- und Jugendmündigkeitsalters auf 16 Jahre.

Genossin Siegmund unterstützte als Kertzin die sozialdemokratischen Anträge. Strafen in Gefängnissen, wie sie meistens heute aussehen, bessern nicht, da viele Gefangnisse noch immer Schulen des Verbrechertums seien. Erster Erziehungsgrundfah sei Schaffung einer guten Umgebung. Die praktische Erfahrung in guten Erziehungsanstalten beweise, wie stark die Atmosphäre bewirke.

Genossin Saenger stellt gegenüber einer Bemerkung des kommunistischen Redners fest, daß das russische Strafrecht zwar auf vielen Gebieten große Fortschritte gebracht habe, im Jugend- und Strafrecht aber bourgeois geblieben sei. In Rußland höre die Strafmündigkeit auch schon mit 14 Jahren auf, die volle Strafmündigkeit beginne aber schon mit 16 Jahren. Er wünsche, daß die Kommunisten ihren russischen Freunden die Bitte nach Heraushebung des Jugendstrafalters überbrächten.

Bei der dann folgenden Abstimmung wurden die sozialdemokratischen Anträge auf Verlängerung des Straf- und Jugendmündigkeitsalters bis zum 16. Lebensjahre und Heraushebung der vollen Strafmündigkeit auf 20 Jahre abgelehnt. Nur Sozialdemokraten und Kommunisten stimmten für diese Anträge, alle bürgerlichen Parteien, auch die Demokraten, lehnten sie ab.

Das Disziplinargesetz der Regierung in Opaton erkannte gegen einen Lehrer aus dem Kreis Kolnberg als Strafe auf Entlassung aus dem Dienst, weil er am Verfallungstage 1926 in einer Gastwirtschaft in Kolnberg eine schwere Verhöhnung der republikanischen Farben verübt hat.

# Der Streik steht glänzend!

Die Werkslügen blühen. — Die Unternehmer schreien nach „Schutz“.

Olpa-Jchornewich, 19. Oktober. (Eigenbericht.)

Der Arbeitgeberverband serviert alljährlich der Bevölkerung seinen Situationsbericht. Nach diesem Bericht ist im Streikrempier „alles in Butter“. Die Zahl der Streikenden, so wird berichtet, nimmt ab, die Gruben arbeiten, und wo sie nicht voll arbeiten, verhindern angeblich der Terror der Streikenden die Arbeitswilligen, zur Arbeit zu gehen. Einen Haken haben diese Berichte der Unternehmer. Wo man gerade ist, sieht man, daß

der Streik mustergültig durchgeführt

wird. Es gibt so gut wie gar keine Streikbrecher. Die öffentliche Ruhe wird nirgends gestört. So kommt man auf den natürlichen Gedanken, ob es vielleicht anderswo anders ist. Nach dem Unternehmerbericht soll es im Bitterfelder Bezirk ganz toll zu gehen. Fahren wir also nach Bitterfeld. Der Weg geht durch eine Landschaft, die nicht ohne Reiz ist. Interessanter ist das industrielle Bild. Da ist das Kraftwerk Bultenstein der Reichsbahn, weit herum die noch unverriegelten Kohlenfelder, deren sich die Reichsbahn rühmend hat. Vor Gelsenstein liegt das chemische Werk Stolzenburg, wo man derzeit Samet-Stoffe fabriziert; dann kommt das mächtige Jchornewich, mit einer Riesenleistung von 140 000 Kilowatt pro Tag, und nicht weit davon dehnt sich die Grube Olpa aus.

4500 Tonnen Braunkohle liefert diese Grube pro Tag.

um den unerfüllten Riesen Jchornewich zu sättigen. Nach Weisung der Zentralstelleitung, die in Jchornewich genau durchgeführt wird, fördern die von den Gewerkschaften gestellten Kohlenarbeiter jetzt täglich 4000 Tonnen. Mit Hilfe der vorrätigen Bunterkohle kann Jchornewich den Betrieb mit diesen 4000 Tonnen noch aufrechterhalten.

Bitterfeld, unweit von Jchornewich gelegen, ist eine Sache für sich. Seit 1904 hat sich die Bevölkerung verdreifacht. Es ist eine amerikanische Entwicklung, die sich hier dem Besucher darbietet. Hier liegen die Betriebe der IG Farbenindustrie, Chemie ist hier Trumpf. Gemeines Longeng, auch Steingut und Porzellan werden hier fabriziert. 40 000 Menschen zieht die Industrie hier in in ihren Werkstätten zusammen. Die Industrie stützt sich durchweg auf die Braunkohle. Links und rechts der wenigen Straßen in Bitterfeld befinden sich

die Bergarbeiterwohnungen.

hier haust der Bergmann, der jetzt im Streik steht, wenig bezahlt. Man muß sich wundern, daß diese Leute mit dem spärlichen Lohn auskommen. Demzufolge ist auch in zahlreichen Familien bei dem Nachwuchs Unterernährung festzustellen. Wir tun uns um und fragen, wie es mit dem Streik steht und ob es zu Ruheförderungen gekommen ist.

Der Zentral von Bitterfeld gibt uns freundlicherweise Aufklärung über den Stand des Streiks nach den Polizeiberichten und den angeblichen Terror. Jeder Meldung über Terror durch die Streikenden ist vom Landratsamt genau nachgegangen worden. Sie laufen meistens auf die Werksverwaltungen ein. Die Prüfung ergab in allen Fällen ihre Unrichtigkeit. Wehnlich sieht es mit den Meldungen des Unternehmertums über die von Streikbrechern geleistete Arbeit. Von der Zechen Hermine im Bitterfelder Bezirk behauptet ein

Kommuniqué des Unternehmertums.

daß die Zechen „soll in Betrieb“ ist. Wir konnten feststellen, daß von 113 Mann Belegschaft nur sieben Mann zur Arbeit erschienen sind. Von der Zechen Leopold wird durch den Arbeitgeberverband behauptet, daß sie „zum Teil“ ruht. In Wirklichkeit sind von den 700 Mann nur 20 erschienen, und diese 20 Mann sind Kohlenarbeiter, um die abhängigen Bezirke mit Licht und Kraft zu versorgen. Auf der Zechen Theodor soll nach dem Kommuniqué der Unternehmer angeblich die Seilbahn noch laufen. Wir stellten fest, daß die Seilbahn wohl läuft, aber mit leeren Wagen. Die Greppner Werke sollen angeblich noch zu 50 Prozent ihrer Leistungsfähigkeit beschäftigt sein. In Wirklichkeit sind auf dem Werk von 250 Mann Belegschaft nur 25 erschienen. Von den elf Gruben im Bitterfelder Bezirk mit einer Belegschaft von 3680 Mann streiken 3363 Mann. Wie man hier davon reden kann, daß die Streikparole nicht befolgt wurde, wird ewig ein Rätsel bleiben.

## Zuverlässige Stimmung der Bevölkerung.

Halle, 19. Oktober. (Eigenbericht.)

Die Lage im Streikgebiet hat sich im Laufe des Mittwochs weiter zugunsten der Streikenden verbessert. So wurde z. B. die Zechen Kohlbach in Geiselsau, wo bis jetzt gearbeitet worden ist, stillgelegt. Auch auf der Zechen Clara III im ostelbischen Braunkohlengrundgebiet ist der Betrieb eingestellt worden. Am Mittwoch traten auch die Angestelltenverbände zusammen. Sie beschlossen, daß die Streikarbeit durch Angestellte zu unterbleiben hat. Auf einzelnen Werken hat man nämlich die Angestellten dazu benützt, Förderarbeiten durchzuführen. Am Donnerstag dürfte damit Schluß gemacht werden.

So steht das ganze Gebiet in seltener Einmütigkeit im Kampf. Was am Sonntag nach bezweifelt wurde, ist Tatsache: Streikarbeit wird nur in minimalem Umfange verrichtet. Sie

ist für den Ausgang des Kampfes nicht von Wichtigkeit und von Bedeutung. Der Kampf wurde auch am Mittwoch mustergültig durchgeführt. Ruheförderungen sind nicht zu verzeichnen. Die Stimmung der Bevölkerung ist zuversichtlich.

Die Zechen Fernando, die nicht zum Arbeitgeberverband gehört, hat sich am Mittwoch nachmittag bereit erklärt, mit den Gewerkschaften ein Lohnabkommen auf der Grundlage der Streikforderungen abzuschließen.

## Der Wahrheit die Ehre.

Leipzig, 19. Oktober. (WIZ.)

Die Lage im Streikgebiet der Amtshauptmannschaften Borna, Leipzig und Grimma hat sich nicht wesentlich verändert, allerdings ist auch weiter eine Zunahme der Streikenden zu verzeichnen; z. B. sind die Belegschaften der beiden Werke Braunsdorf und Wühlich nach dem heutigen Schichtwechsel ebenfalls stark zurückgegangen, so daß dort nur noch eine gewisse Aufarbeitung stattfindet. Die Ruhe und Ordnung ist in keiner Weise gestört worden. Eine eventuell notwendig werdende Kohlenversorgung der Leipziger Krankenhäuser, Kliniken und sonstigen sozialen Institute ist von der Zentralstelleitung in Halle als selbstverständlich zugesagt. Ebenso wird voraussichtlich der Einsatz der Technischen Röhre im Landkraftwerk Kuttwisch sich dadurch erübrigen, daß die Kohlenstandsarbeiten von den Streikenden übernommen werden.

Nach dem bisherigen Verlauf des Streiks ist auch bis zu seinem Abschluß mit einer ordnungsmäßigen Führung durch die Gewerkschaften zu rechnen.

## Die „Teno“ und die Schupo in Sachsen.

Dresden, 19. Oktober. (Eigenbericht.)

In Dresden fanden am Mittwoch Verhandlungen zwischen dem sächsischen Wirtschaftsministerium und der Zentralstelleitung über die Regelung der Kohlenstandsarbeiten in den Betrieben der Aktiengesellschaft Sächsische Werke statt. Obwohl die streikenden Bergarbeiter die notwendigen Kohlenstandsarbeiten leisteten, hat befaßlich das sächsische Wirtschaftsministerium in Hirschfelde und Böhlen die Technische Röhre Hilfe eingeleitet. Die Vertreter des Wirtschaftsministeriums forderten, daß die Bergarbeiter die volle Stromversorgung gewährleisten sollen. Dieses Ansinnen wurde von der Streikleitung abgelehnt. Darauf wurden die Verhandlungen ergebnislos abgeschlossen.

In Hirschfelde wurde das Kraftwerk von einer Hundertschaft Sipo besetzt. Eine weitere Hundertschaft liegt in Jittau in Bereitschaft. Am Werk befindet sich eine Truppe Technische Röhre in Stärke von 35 Mann. Zu Ausschreitungen ist es bis jetzt nicht gekommen. Auch im Kraftwerk Böhlen befindet sich eine Hundertschaft Polizei. Auch in das Bornaer Streikgebiet wurde Polizei entsandt, obwohl es nirgends zu Ausschreitungen kam. Die Schupo ist mit Gewehren bewaffnet und hält die Straßen besetzt.

## Landjäger und Schupo gegen die Streikenden.

Mieleburg, 19. Oktober. (Eigenbericht.)

Das Verhalten der Landjäger und der Schupo ist nicht in allen Teilen des Streikgebietes einwandfrei. Es zeigt sich immer mehr, daß gerade die Landjäger nicht hinreichend über ihre Obliegenheiten unterrichtet sind. So haben Landjäger u. a. das Streikpostenrecht verboten. Besonders wird auf der Zechen Elise II über das Vorgehen der Schupo und der Landjäger geklagt. Obwohl hier die Streikposten die Arbeitswilligen nicht belästigen, benehmen sich die Landjäger gegenüber den Streikenden äußerst provozierend. Auch aus dem Senftenberger Bezirk ist eine unnötige Ansammlung von Schupo zu melden, die gerade nicht zur Beruhigung der Bevölkerung beiträgt.

Erwähnenswert ist u. a. auch noch ein Verfall in Sauchaammer, über den wohl noch in Zukunft zu sprechen sein wird. Hier wurde ein Reichspostauto benützt, um Streikbrecher zur Arbeit zu beschaffen. Wir sind der Auffassung, daß die Post etwas anderes zu tun hat, als zugunsten des Unternehmertums in den Streik einzugreifen.

## Wozu die Polizei mißbraucht wird!

Die übermäßige Verwendung von Polizei im mitteldeutschen Streikgebiet kann nur von Leuten begrüßt werden, die an Zusammenstößen zwischen der Polizei und den Streikenden ein Interesse haben. Daß ein massenhaftes Auftreten schwer bewaffneter Schupo nicht gerade beruhigend auf die Stimmung der Streikenden wirkt, liegt auf der Hand. Aber allem Anschein nach wollen gewisse Leute im Unternehmertum in der Schupo der Polizei sich allerhand Herausforderungen erlauben. So brachte es z. B. ein Direktor der Zechen Victoria II fertig, in Begleitung von Polizisten die Wohnungen der Streikenden aufzusuchen und sie zur Arbeit aufzufordern. Was mit beratigen Wandern bezweckt werden soll, braucht nicht erst noch besonders hervorgehoben zu werden. Jedemfalls kann nicht geduldet werden, daß die Polizei dazu mißbraucht wird, aufreizende Gesten der Unternehmer zu becken.

## Berliner Gewerkschaftsschule.

Heute beginnen folgende Kurse der Berliner Gewerkschaftsschule: Im Saphien-Lyzeum, Weinmeisterstr. 16/17: C. 1. Staat und Recht. Lehrer: Dr. Theodor Tschauer. Beginn 10 1/2 Uhr. C. 4. Volkswirtschaftliche Arbeitsgruppe für Fortgeschrittene. Lehrer: Dr. Oscar Sillisch. Beginn: 19 Uhr. Im Leibniz-Gymnasium, Mariannenplatz: SO. 12. Gewerkschaftliche Zeit- und Streitfragen. Lehrer: H. Schillme. Beginn 19 Uhr. SO. 14. Kulturpolitische Arbeitsgruppe für Anfänger. Lehrer: Maria Hodann. Beginn: 19 Uhr. Im Hygienischen Institut der Universität, Dorotheenstraße 28. S. IV. Sozialpolitisches Seminar. Lehrer: Dr. Rorbert Rapp. Beginn: 19 1/2 Uhr.

## Verhandlungen im Ruhrbergbau abgelehnt.

Die Unternehmer sind für Lohnkürzungen.

Die Ruhrbergarbeiter beschloßen am letzten Sonntag, in allen Revieren eine zwitterartige Lohnregelung zu fordern. Wohl als erste Antwort auf diese Forderung können die Ründigungen gelten. Bereits zum 15. Oktober wurden 200 Bergarbeiter bei der zum Mannesmann-Konzern gehörigen Schachtanlage „Königin Elisabeth“ gestängt, und auf den Rheinbaben-Schächten in Boitrop wurden 500 Bergarbeiter entlassen. Jetzt wird aus Herne gemeldet, daß sich die Harpener Bergbau L. G. genötigt sieht, auf der zu ihr gehörigen Schachtanlage „Julia“ in Herne 320 Arbeiter zum 1. November zu entlassen. Als Grund für die Ründigung wird der augenblicklich schlechte Abjaß bezeichnet. Die Zechen will demnächst zwei Reviere unter Tage stilllegen.

Der Zechenverband hat nunmehr den Bergarbeiterverbänden folgendes Antwortschreiben zugeden lassen:

Ihren im Schreiben vom 11. Oktober d. J. geäußerten Wunsch, bereits sechs Monate vor Ablauf des bis zum 30. April 1928 gültigen, mit Ihren Stimmen gestützten und auf Ihren Antrag für verbindlich erklärten Schiedsspruch vom 26. April d. J. in eine Erörterung über Wändern einzutreten, bedauern wir, nicht entsprechen zu können, da wir die von Ihnen vorausgesetzte grundlegende Wändern der Verhältnisse nicht anerkennen vermögen.

Im übrigen verweisen wir darauf, daß sich die wirtschaftliche Lage des Ruhrbergbaues in den letzten Monaten beratend verschlechtert hat, daß sie unseres Erachtens viel eher Verhandlungen über eine Lohnherabsetzung, als über eine Lohnherhöhung bedingen würde.

Zu diesem Schreiben wird noch der folgende Kommentar gratis geliefert:

Wenn im April die Böhne für ein volles Jahr durch Schiedsspruch festgelegt worden sind, so kann es dabei dem Schlichter darum an, durch eine möglichst lange Gültigkeitsdauer eine langfristige Beruhigung der Verhältnisse zu schaffen. Vor allem sollten auch mit der für ein volles Jahr unföndbar festgelegten Lohnherhöhung gleichzeitig die am 1. April und 1. Oktober eingetretenen Mietpreiserhöhungen abgegolten werden.

Wenn durch die inzwischen erfolgte Verteuerung der Lebensmittelpreise die Verhältnisse eine Beruhigung erfahren haben, so sind die Bergleute davon ebensowenig schuld wie der Schlichter. In den Kreisen des Zechenverbandes mag man die Wändern der Verhältnisse nicht als grundlegend betrachten. Deutlicher wirkt sich die Verteuerung für die Arbeiter aus.

Ob die wirtschaftliche Lage des Ruhrbergbaues je einmal von den Zechenherren als günstig dargestellt wird, wenn die Bergarbeiter mit Forderungen kommen? Das werden wir wohl nicht mehr erleben. Deshalb können wir auch den Hinweis auf die jetzt wieder so schlimme wirtschaftliche Lage der Unternehmer nicht trösten nehmen.

Im übrigen haben die Bergarbeiterverbände das Wort zur Antwort.

## Die Lohnverhandlungen der Reichsarbeiter vertagt.

Die für den gestrigen Mittwoch angelegte Besprechung des Reichsfinanzministers mit den Tariforganisationen der Reichsarbeiter zur Regelung der Löhne konnte nicht stattfinden, weil der Minister im letzten Augenblick zu einer Kabinetsitzung gerufen wurde. Der Finanzminister sollte jedoch den Organisationsvorstand zu, daß die Besprechung in den nächsten Tagen, wenn irgend möglich noch im Laufe dieser Woche, stattfinden werde. Es liegt — so ließ der Minister ausdrücklich mitteilen — keine Verschiebungsaussicht vor.

## Lohnbewegung in der Wochener Textilindustrie.

Die Gewerkschaften in der hiesigen Textilindustrie haben den Bohntarif für Ende Oktober gekündigt. Es wird eine zehn- bis zwanzigprozentige Lohnherhöhung verlangt. Im hiesigen Textilgebiet sind etwa 10 000 bis 12 000 Arbeiter beschäftigt.

## Bergarbeiterforderungen in Polen.

In dem polnischen Bergbaubezirk von Dombrowa wollen die Gewerkschaften — wie aus Warschau gemeldet wird — ab Montag einen Streik in allen Berg- und Hüttenbetrieben durchführen, falls bis dahin ihre Lohnforderungen nicht bewilligt sind.

Folle Gewerkschaftsjugend Groß-Berlin. Heute, Donnerstag, 19. 1/2 Uhr. tags die Gruppen: Südwesten: Jugendlager Poststr. 11, Friedrichshagen. Es tankt den Rest im Kreis. — Spenden: Gruppenheim Jugendlager Gieselerstraße 3, Dänischer Platz. — Kompetenz: Gruppenheim Jugendlager, Germaniastraße 40. Fahren und Abenteuer. — Spenden: Gruppenheim Reichenbergerstraße 55 (Gartenmehlhause). Fahren: Zehe- und Tarifverträge. — Spenden: Gruppenheim Foto Schule, Götzenburger Straße. Bei uns wird alles in den Schichten gefeiert. (Schattenspiele). — Spenden: Jugendlager des FV, Berlin, Tauentzienstr. 19 1/2 Uhr. im Bezirk Schöneberg: Jugendlager Heustraße 13 (Postgebäude 1 Tr., 14. 1/2 Uhr. im Bezirk Charlottenburg: politische Gattin.

Stilles, Tapesier- und Vestelkoffer. Morgen, Freitag, 19. Uhr. im großen Saal des Gewerkschaftshauses, Engelhauer Platz. Generalversammlung. Auf der Tagesordnung steht die Schaffung eines neuen Organs. Zutritt haben nur Mitglieder gegen Verbandsausweis. Der Vorstand.

Deutscher Bergarbeiterverband. Sitzung der erweiterten Ortsverwaltung morgen, Freitag, 19. Uhr. im Gewerkschaftshaus, Saal 3.

Die Ortsverwaltung.

Verantwortlich für Politik: Dr. Carl Herrmann; Wirtschaft: G. Klingebier; Gewerkschaftsbewegung: Dr. Schöler; Kulturpolitik: H. Glöckner; Politische: Lohmeier; Vermögensfragen: G. m. B. S. Berlin; Druck: Hermann-Buchdruckerei und Verlagsgesellschaft, Postfach 12, Berlin SW 68, Lindenstraße 2. Hierzu 1. Beilage und „Materialeuropa und Wissen“.

# Sophien-Säle

Sophienstr. 18 + Norden 9296 u. 12643

Für Vereine und Versammlungen in jeder Größe

**18 Mark**  
original englischer  
**Herrenstoff**  
Koch & Iseland  
Gertraudenstr. 20/21 Berlin, A. M. O.











Und auf's Brot die frische Rest die bayerische Kernmargarine!

Ergo kommt mittags in ein Gollhaus mal auf Resten. Das ist weit und breit derbarm durch keine Erchein.

Ergo Sie Goll, Herr Herr! legt die Kernein. Ergo Sie Goll, Herr Herr! legt die Kernein.

Ihre Arbeit: „Das Herrn Herr gleich erkannt. Das den Bildern in den Rest-Intraten.“

Sie sind Herrschaft in unserem Restaurant. Denn hier wird mit frischer Rest nur gegessen.“

In jedem Pland der Tafelmargarine „Frühe Rest“ verlangen man gratis den neusten Band der Rest-Hausbücherei. Vertreter der V. M. W. Nürnberg: Rest-Agentur, Berlin NO 44, Neue Köntger. 37. Tel.: Köntgerstadt 1861, 1862, 1867

Er erschoss den Vater in der Notwehr.

Die Familientragödie in der Hebbelstraße aufgeklärt.

Die furchtbare Familientragödie, über die wir bereits kurz im gestrigen Abendblatt berichteten, hat ihre Klärung gefunden.

In dem Hause Hebbelstr. 2 wohnt der 53 Jahre alte Wächter Hermann Abraham mit seiner Frau. Der Sohn des Ehepaars, der 24 Jahre alte Schupomachmeister Karl Abraham...

nach nicht infolge Ueberfahrens den Tod gefunden hat, sondern vielmehr auf der Chaussee überfallen und zu Boden geschlagen worden ist. Erst dann, als der Mann...

Die Knochenfunde im Ulap.

Wie wir gestern berichteten, wurden bei den Ausgrabungsarbeiten auf dem Gelände des Ulap abermals Menschenknochen zutage gefördert.

Interessant ist die neue Feststellung des kommunistischen Abendblattes, das in seiner getriggen Ausgabe plötzlich entdeckt...

Der Mord auf der Chaussee Hamburg-Berlin.

In der Nacht vom 8. zum 9. September d. J. wurde, wie wir seinerzeit mitteilten, der Baubeamte von Jengen auf der Hamburg-Berliner Chaussee etwa 1 Kilometer von der Stadt...

Neue Ausschreibung für Wohnungsbauten.

Der Magistrat hat in seiner gestrigen Sitzung beschlossen, die Wohnungs- und Siedlungsdeputation zu beauftragen, die Unterlagen für eine neue Ausschreibung...

Mit dankenswerter Beschleunigung geht der Magistrat an die Ausführung des Beschlusses, den die Links-mehrheit der Stadtverordnetenversammlung am Dienstag gefaßt hat.

ihres Interesses, daß es nun wieder Monate dauern werde, bis man zu einem neuen Beschluß über ein neues Angebot kommen werde.

Der Tod des Dreijährigen.

Frau Kupisch zu drei Jahren Gefängnis verurteilt.

Nach längerer Beratung verkündete Landgerichtsdirektor Dufte das Urteil in der Sache des Ehepaars Kupisch: Die Ehefrau Kupisch...

Das Gericht habe sich fragen müssen, wodurch der Tod des dreijährigen Günter verursacht worden sei. Es habe wohl starker Verdacht vorgelegen, daß die Züchtigungen die Schuld daran tragen könnten.

So das Urteil. Letzten Endes interessiert aber die Deffen-sivität nicht so sehr die Frau Kupisch, als der Fall Kupisch als solcher.

Wie der psychiatrische Sachverständige Medizinalrat Dr. Dyren-furth, ausführte, ist die Angeklagte eine schwer hysterische Person. Die Schwierigkeiten bei der Erziehung des idiotischen Kindes...

Zement.

Roman von Fiodor Gladkow.

An der Seite, neben dem Tisch, stand Dasha und sprach lebhaft und laut. Sie warf Blick nur einen kurzen, auf-flammenden Blick zu, aber ihr Gesicht blieb fremd, sachlich, unzugänglich.

Und die Genossin Mieschowa sah an allen vorbei und es schien, als ob sie nicht zuhöre und sich wie ein Käsechen in der Sonne wärme.

Schul lachte, packte Glib am Aermel. „Ein gefährlicher Vorkprung, Freund Glib! Diese Weiberfront. Sie werden uns toibeissen, zerhacken, uns mit ihrem Gesetze übersütten.“

Sergeij lächelte verlegen. Glib schlug mit der Hand über den Helm.

Und die Frauen rissen sich plötzlich alle wie von einer Kette los, brüllten Schul an, und man konnte aus diesem Geschrei nicht klug werden: ist es Verschwörung oder Weiberpiel.

„Ja, schau nur... der Teufelsrat... Keine wird jezt mehr in ihrem ganzen Leben Kinder kriegen wollen... diese Verfluchten werden uns mit Bonfott strafen... Gefindel!“

Dasha warf ihren Kopf zurück, hörte auf zu sprechen und kreuzte die Hände über der Brust. Bartete, ob die Männer weggingen. Und wieder blühte sie Glib mit kurzem Blick an.

Genossin Mieschowa schlug mit der Hand auf den Tisch: „Genug!... Seht euch wieder auf eure Plätze, Delegierte. Zur Ordnung! Und Ihr, Genossen Männer, geht nur, stört uns nicht. Dasha, sprich weiter.“

Kaum hatte aber Dasha zu sprechen begonnen, als sie sie unterbrach: „Genosse Tschumalow, kommen Sie auf dem Rückweg zu mir. Ich will mit Ihnen sprechen.“

„Zu Befehl!“ Wie Fünfkchen zuckten ihre Augenbrauen in der Sonne und die Augen sind rund, durchsichtig, kindlich, aber in den Pupillen zittern kleine, trügerische Tröpfchen in unerhäßbarem Schmerz.

„Nichts Geschäftliches... Ich möchte Sie kennen lernen.“

„Zu Befehl!“ Dasha berichtete über die Kinderhorte in der Stadt.

2. Ein konkreter Vorschlag.

Als die Tür in Schidlijs Zimmer geöffnet wurde, strömten Schweißgeruch, Schwüle und Tabaksqualm heraus.

Die Sonne glitzerte dort nicht in goldenen Holzspänen wie bei der Mieschowa, sie lag in grünen Fäden vom Fenster über den Tisch. Feurige Spirale flammten auf, und der Staub flimmerte in dem Rauch wie Funken.

Das Zimmer war auch klein. Die Menschen um den Tisch herum dampften in den dunstigen Wellen der rauchigen Sonne.

Die Lederjaden Schidlijs und Tschibis, des Vorsitzenden der Tscheta, standen weit offen. Schidli ist glatt-rasiert, Tschibis auch. Tschibis' Gesicht hat einen staubigen Anflug, hinter den weißen Wimpern glänzen Stahlnadeln.

Er sitzt am Tisch, gegenüber Schidli und scheint sich auszu-rufen. Schidlijs Wangen sind von vertikalen Falten durch-schnitten, er hat eine asiatische Nase mit zuckenden Nasen-flügeln. Schlägt er die Augen auf, so scheint es, als ob er einen anpacken würde. Und zusammen mit den Augen schnappen die Nasenflügel nach Luft und zucken und bebend.

Auf dem Fensterbrett, sich mit den Füßen an dem Fensterrahmen stützend, lag ein Jünalina, knochig, wie ein Pfeil gespannt, ganz schwarz (das Hemd und das kaffee-braune Gesicht und die buschigen Haare), mit einer fieber-haften Befessenheit in den Augen. Luchawa, Vorsitzender des Facharbeiterrates. Er schweig und hörte zu. Hörte zu und bohrte sein Kinn in die Anie.

Glib legte mit ausladender Bewegung seine Hand an den Helm, aber Schidli bemerkte ihn nicht. Es kamen genügend Mitglieder der Partei zu ihm, und es ist viel zu wenig Zeit da, um sie alle begrüßen zu können. Er rollte nur verwundert seine Augen und fing die Luft mit seinen Nasenflügeln.

„Run gut, es gibt Holzäcker. Es gibt eine Holzzentral-stelle. Man trifft Vorbereitungen.“

Jeden Satz betonte er mit einem Faustschlag. „Run, was dann weiter?... Die Hauptsache ist eben, das Holz zuzustellen. Es liegt hinter den Bergen und an dem Ufer. Die Holzabgaben sind ein Fehlschlag. Man muß ein richtiges und rasches Verfahren finden, um das Brenn-material bis zum Winter zuzustellen zu können. Zum Teufel!

mit diesem Kleintram und diesen Palliativen: man muß den Stier an den Hörnern packen — im großen Maßstabe. Hier müssen alle Kräfte aufgeboden werden, dazu gehört eine ungeheure Anspannung.

Schidli schlug mit der Faust auf den Tisch. „Zum Teufel noch einmal!... Man sollte uns alle ohne zu zögern an die Wand stellen als Idioten und Des-organisations!... Das ist eine Sackgasse, Kinder...“

Luchawa schraubte mit seinen knochigen Händen seine Anie an die Brust, und durch diese krampfartige Bewegung drehte er sich um sich selber und harzt vor knabenhaftem Lachen, das er rudweise und sich verschluckend hervorstieß: „Bist du toll geworden, Schidli?... Von was für einer Sackgasse sprichst du? Hol' dich der Teufel, wenn du dich in einer Sackgasse befindest, so mußt du sie mit deinem eigenen Schädel durchstoßen. Sonst müßte man dich tatsäch-lich erschließen, und Tschibis wird das wohl ohne Schwierig-keiten erleben. Es ist keine Sackgasse und es gibt keine Sackgasse... Es gibt nur Aufgaben. Ich habe deine Auf-gabe gelöst.“

„Also? Dein konkreter Vorschlag?“ Die Nasenflügel Schidlijs zitterten und schnappten nach Luft. Es schien, als ob er auch lachte und sein Entzücken nicht zurückhalten könnte.

„Man muß die mechanische Kraft des Wertes aus-nützen.“

Sergeij hob seine Hand und bat ums Wort. „Ich wollte übrigens... wegen des Antrages von Luchawa...“

Die Falten auf Schidlijs Wangen teilten sich durch ein Lächeln in dünne Zweige, und Glib sah in diesem Lächeln einen lebenswürdigen und herablassenden Spott.

(Fortsetzung folgt.)



## Riesige Zunahme des Stromabsatzes. Ein Rekordjahr für den Berliner Elektrizitätsverbrauch.

Das Jahr 1927 verspricht für die Berliner Städtischen Elektrizitätswerke ein Rekordjahr zu werden, wie es bisher noch nicht dagewesen ist. Sowohl die Stromerzeugung wie die Anschlußbewegung sind auf Zahlen gestiegen, die die Entwicklung der Bewegung früher nicht aufzuweisen hatte. Das Schaubild zeigt die Ergebnisse der bisher abgelaufenen drei Vierteljahre 1. Januar bis 30. September 1927 im Vergleich zu dem entsprechenden Zeitraum des Vorjahres.

Bei der Betrachtung des Schaubildes ist zu beachten, daß die drei Säulen für 1926 die gleiche Höhe aufweisen, so daß die Säulen für 1927 auch einen Vergleich untereinander ermöglichen. Dies soll dargetun, daß die Anzahl der Zähler in einem stärkeren Maße gestiegen ist, als die höchste Beanspruchung der Kraftwerke, und daß die gesamte Stromerzeugung der Werke wiederum stärker zugenommen hat, als die Zahl der Zähler und die Höchstleistung der Kraftwerke. Mit anderen Worten, die Werke sind nicht nur quantitativ gewachsen, sondern es hat sich auch ihre innere Ökonomie verbessert. Am einzelnen ist zu bemerken, daß

### Die Stromerzeugung

in den ersten neun Monaten des laufenden Jahres auf 735,2 Millionen Kilowattstunden gestiegen ist, gegenüber 577,5 Millionen Kilowattstunden im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Unter Stromerzeugung ist hier die gesamte Produktion, bestehend aus Energieerzeugung in den eigenen Kraftwerken plus Fremdstrombezug verstanden. Der Zuwachs in diesem Jahre gegenüber dem Vorjahre beträgt 27,5 Proz., während das Jahr 1926 gegenüber 1925 nur ein Wachstum von 8,1 Proz. aufwies. Die erhebliche Vermehrung des Stromabsatzes ist eine Folge der im Vergleich zum Vorjahre gebesserten Wirtschaftslage.

Die Anzahl der Zähler ist von 444 147 Ende September 1926 auf 538 348 Ende September 1927 gestiegen. Das bedeutet einen Zuwachs von 21,2 Proz. Insgesamt sind in den ersten neun Monaten dieses Jahres 59 624 Zähler neu hinzugeschlossen gegenüber 35 744 Zählern im gleichen Zeitraum 1926. Schließt man von den ersten drei Vierteln des Jahres auf das Gesamtjahr, so würde das bedeuten, daß im Laufe dieses Jahres mit einem Gesamtzuwachs von etwa rund 120 000 Zählern zu rechnen sein wird gegenüber einem Zuwachs von 74 000 Zählern im Vorjahre. Diese Zahlen lehren, daß die Anschlußbewegung im laufenden Jahre viel lebhafter ist als im Vorjahre.

### Die Beanspruchung der Kraftwerke

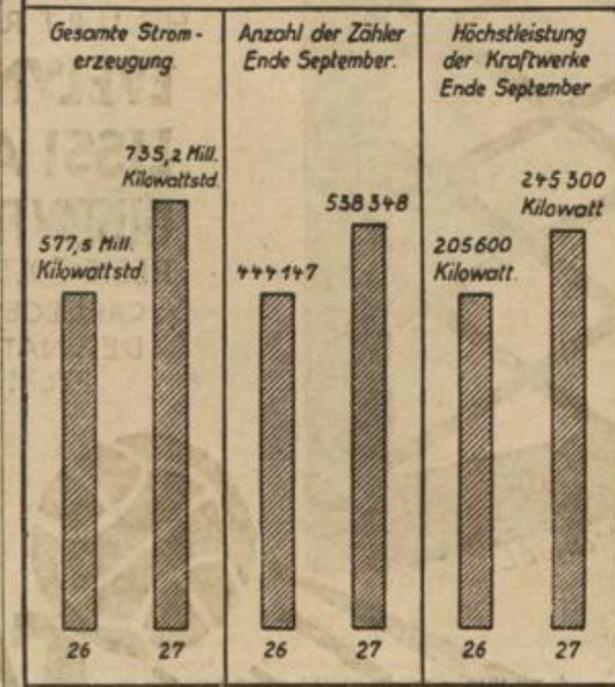
Ist, wie bei der Vergrößerung der Stromerzeugung und der Zunahme der Anschlüsse nichts anderes zu erwarten ist, in diesem Jahre bedeutend stärker als im Vorjahre. Die Höchstleistung der Kraftwerke ist für Ende September 1926 mit 205 600 Kilowatt verzeichnet, sie betrug 245 300 Kilowatt am Ende September dieses Jahres. Die Verzehrer beläuft sich auf 19,3 Proz. Mit einem Zuwachs an Leistung, der nur 19,3 Proz. betrug, ist demnach eine Energiemenge erzeugt worden, die ihrerseits um 27,5 Proz. gewachsen ist. Das Nebeneinander dieser beiden Zahlen lehrt, inwieweit sich die innere Ökonomie der Stromerzeugung gehoben hat. Freilich sind diese, dem Ende September einmündigen Zahlen mehr als ein Symptom, denn als ein endgültiges Ergebnis zu bewerten, weil die absolut höchste Kraftwerksleistung des Jahres in Berlin er-

jahrungsgemäß erst in der Woche vor Weihnachten einzutreten pflegt. Erst wenn diese letztere Höchstleistung bekannt ist, wird man feststellen können, inwieweit das letzte Viertel des Jahres gehalten hat, was die ersten drei Viertel zu versprechen scheinen.

### Richtige Strompreispolitik.

Die riesige Entwicklung der Stromerzeugung beweist, daß die Bewegung bisher mit ihrer Tarifpolitik auf dem richtigen Wege war. Zugleich lehren die gemäßigten Zahlen der Neuananschüsse, ein wie tiefes Bedürfnis nach Elektrizität bei den großen Massen der Bevölkerung vorhanden ist.

### Die Berliner Städtischen Elektrizitätswerke. Ihre Entwicklung vom 1.1.-30.9.1926 und vom 1.1.-30.9.1927.



120 000 neue Zähler in einem Jahre bedeuten die neue Stromversorgung von schätzungsweise 400 000 Menschen. Das ist die Bevölkerung einer Großstadt, wie es nicht viele in Deutschland gibt. Was wir jetzt in Berlin auf dem Elektrizitätsgebiete erleben, das ist in seiner Art eine Revolution. Die Elektrizität, noch vor wenigen Jahren ein Luxus, ein Privilegium der wohlhabenden Schichten, strömt jetzt in immer gewaltigeren Ausmaßen in die Arbeiterquartiere der Großstadt ein.

Dr.-Ing. W. Majerczyk.

### Eine Abfuhr für Schacht.

#### Die Antwort des Breslauer Oberbürgermeisters.

Auf den „Offenen Brief“ des Reichsbankdirektoriums, über den wir gestern berichteten und der, entgegen unserer Annahme, auch vom Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht unterzeichnet war, hat der Oberbürgermeister von Breslau Dr. Wagner nun ebenfalls öffentlich geantwortet. Die Antwort von Dr. Wagner spricht für sich selbst. Das Schreiben Schachts hat in Breslau die berechnete Empörung erweckt, die auch wir empfanden. Dr. Wagner schreibt an Dr. Schacht:

Auf Ihren Brief vom 17. Oktober 1927 erwidere ich folgendes: Wie das amtliche Stenogramm der Breslauer Stadtverordnetenversammlung beweist, habe ich nicht gefogt, daß in der Auslandsanleihefrage die Reichsbank auch den Reparationsagenten Parter Gilbert mobil gemacht habe. Ich habe auch nichts Behnliches gefogt.

Im übrigen habe ich Ihr Schreiben mit dem größten Bedauern gelesen. Ich hätte von Ihrer Loyalität erwarten dürfen, daß Sie mich, bevor Sie mir einen solchen Brief schreiben, persönlich um Aufklärung des Sachverhalts ersucht hätten. Ich weise auf das Entscheidende die Vorhaltungen und Unterstellungen zurück, die Sie sich mir gegenüber erlaubt haben. Sie haben kein Recht, mir gegenüber wie eine vorgelegte Behörde aufzutreten. Da Sie, ohne auch nur meine Stellungnahme zur Sache abzuwarten, Ihren Brief der Presse übergeben haben, bin ich gezwungen, das gleiche mit dieser Antwort zu tun. Ich lehne es nunmehr auch ab, nach einer weiteren Richtigstellung vor der Stadtverordnetenversammlung vorzunehmen, überlasse vielmehr getrost das Urteil über Ihr Verhalten der Öffentlichkeit.

Der Herr Reichsbankpräsident hat hier in der Tat nur die Antwort erhalten, die er auf sein Vorgehen verdient hat. Es kann für ihn keine Entschuldigung sein, wenn er darauf hinweist, daß Dr. Wagner die Presseberichte über die von ihm gehaltene Rede nach am dritten Tage nach der Rede nicht korrigiert hätte. Der Reichsbankpräsident wird den Brief von Dr. Wagner nicht hinter den Spiegel stecken.

### Die Reichsbank Mitte Oktober.

Die zweite Oktoberwoche hat für die Reichsbank einen Rückgang der Kapitalanlage in Wechsel- und Lombardarlehen von 140,4 auf 2610,1 Millionen gebracht. Der Bestand an Wechseln ging um 171,1 auf 2432,2 Millionen zurück. Der Lombardbestand ist um 30,8 auf 94,2 Millionen gestiegen. Diese Erleichterungen in der zweiten Woche nach der Diskonterhöhung sind als recht maßig anzuspüren, insbesondere dann, wenn man die Verrechnung der Lombardbestände von der an sich keineswegs aussergewöhnlichen Entlastung der Wechselbestände abzieht. Die Wechselbestände von 2,4 Milliarden sind das höchste, was seit der Stabilisierung der Währung bisher zu verzeichnen war, und daß bei dem hohen Lombardfuß von 8 Proz. die Summe der Lombardarlehen so erheblich und für die Monatsmitte auf eine außergewöhnliche Höhe anstieg, beweist die Dringlichkeit, mit der auf dem Geldmarkt Geld verlangt wird. Dabei muß man annehmen, daß die Reichsbank in

der Herannahung von Wechseln sich bewußt einige Beschränkungen auferlegt. Die Gelder aus Girokonten sind allerdings um 78,9 auf 689,7 Millionen gestiegen. Der Umlauf von Reichsbanknoten ging im Zusammenhang mit diesen Veränderungen um 211,4 auf 3792,6 und der an Rentbanknoten um 19,8 auf 934,3 Millionen zurück. Gold- und Devisenbestände sind mit 2013,3 Millionen um 5,6 Millionen erhöht. Die deckungsfähigen Devisen nahmen um 5,8 auf 161,7 Millionen zu, während sich die Goldbestände um 0,24 auf 1831,6 Millionen verringert haben. Die Notendekung durch Gold besserte sich gegenüber der Vormoche von 46,2 auf 46,8, diejenige durch Gold und Devisen von 50,1 auf 53,1 Prozent.

### Amerika an Europa.

Julius Barnes, der amerikanische Vizepräsident der Internationalen Handelskammer erklärte in einer Ansprache vor einer Konferenz der Direktoren der Handelskammer der Vereinigten Staaten: Die amerikanische Wirtschaftstheorie, daß der Standard der Lebenshaltung für alle Volkstufen erhöht werden müsse, um die Konsumkraft zu erhöhen, wird allmählich von der europäischen Wirtschaftspolitik als Basis angenommen. Die Niederreißung der Tariffschranken zwischen den wirtschaftlich voneinander abhängenden Ländern, wie es die europäischen Länder sind, ist die Grundvoraussetzung für die Erweiterung der Konsumkraft ganzer Nationen. Die europäischen Geschäftsleute erkennen, daß solche Handelsabkommen zwischen den Nationen von verhältnismäßig gleicher Lebenshaltung durchbrochen werden müssen. Die amerikanische Geschäftswelt hat ein wirkliches Interesse an der Stabilisierung der Geschäftslage der ganzen Welt, weil wir wissen, daß eine Depression, die irgendwo in der Welt auftritt, überall ihre Wirkung ausübt. Es liegt in unserem direkten Interesse, die Kaufkraft Europas, das noch immer unser größtes Absatzgebiet ist, weiterzuentwickeln, um dadurch unsere eigene Fähigkeit zur Aufnahme der benötigten Waren aus dem Ausland zu erhöhen.

Diese Tatsachen zwingen uns, die Probleme zu studieren, die scheinbar nur Europa angehen und nach Möglichkeit an einer größeren Weltstabilisierung mitzuwirken. Die amerikanische industrielle Führerschaft beabsichtigt eine entscheidende Rolle in dem neuen Fortschritt im Ausland zu spielen, nicht dadurch, daß sie Europa sagt, was es zu seiner Rettung tun sollte, sondern dadurch, daß sie ihre möglicste Mitarbeit gewährt und Europa ihre industrielle Erfahrung zur Verfügung stellt, damit es davon verwertet, was es für vorteilhaft hält.

Hier ist klar einiges ausgesprochen, worauf Europa hören soll. Es wird auch in Amerika viel Unsinns geredet. Aber die hier ausgesprochenen Wünsche für die Entwicklung in Europa dürften den Ansichten und Interessen der Amerikaner guten Ausdruck geben. Allerdings ist Barnes über das Wollen der europäischen Nachbarn sehr optimistisch. Mag die Arbeiterklasse durch ihren zielbewußten Kampf dazu beitragen, daß der Optimismus der Amerikaner im Recht bleibt.

### Der Güterverkehr steigt weiter.

In der Woche zum 8. Oktober ist die aufwärtsweisende Kurve der Güterwagengestellung der Reichsbahn auch noch nicht zum Stillstand gekommen. Die arbeitstägliche Wagengestellung hat sich von 160 000 auf 160 500 erhöht.

#### Tabellarische Uebersicht seit September (in 1000 Stück)

Woche	wöchentlich	durchschnittlich pro Arbeitstag		
1927	1926	1927	1926	
23. 8.— 3. 9.	918,4	824,6	153,1	137,4
4. 9.— 10. 9.	928,0	824,3	154,7	137,4
11. 9.— 17. 9.	947,8	842,2	158,0	140,4
18. 9.— 24. 9.	951,3	848,1	158,6	141,4
25. 9.— 1. 10.	960,0	850,3	160,0	143,2
2. 10.— 8. 10.	962,8	860,3	160,5	143,7

Die Wagengestellungsfiguren der Reichsbahn nähern sich allmählich dem Höchstpunkt, der im vorigen Jahre für eine einzige Woche während der höchsten Anspannung des englischen Bergarbeiterstreiks und des gleichzeitig sehr starken deutschen Weihnachtsgeschäfts zu verzeichnen war.

### Um die Zollsenkung in Deutschland. Der Reichswirtschaftsrat bei der Arbeit.

Die Vorbereitungen der einzelnen Kommissionen des Reichswirtschaftsrates zur Aufstellung eines Gutachtens über die Senkung des deutschen Zolltarifs unter Berücksichtigung von 300 wichtigsten Einzelpositionen, sind mit Ausnahme der Agrarzölle beendet. Die Behandlung der Ergebnisse im Zolltarifausschuss wird nunmehr voraussichtlich am 2. November beginnen. Der Zolltarifausschuss wird zu diesen Untersuchungen Sachverständige aus der erzeugenden, der verarbeitenden Industrie, dem Handel und der Arbeiterbewegung heranziehen. Auch die Sachreferenten des handelspolitischen Ausschusses werden zu den wichtigeren Beratungen hinzugezogen werden. Man rechnet damit, daß Ende November diese Verhandlungen beendet sein werden, so daß dann das Gutachten des Reichswirtschaftsrates der Reichsregierung vorgelegt werden kann und die Grundlage für die beabsichtigte Zollsanktion bildet.

Die Rentenbankkredite müssen gezahlt werden. Der Reichslandbund hat neben anderen übertriebenen Forderungen von der Reichsregierung auch verlangt, daß sie eventuell durch eine Aktion beim Reparationsagenten verhindert, daß die im November fälligen Rentenbankwechsel bezahlt werden müssen. Damit ist es jetzt nichts, und Reichsernährungsminister Schiele selbst — es wird ihm schwer gefallen sein — muß das bestätigen. Die amtliche Erklärung darüber befugt zusammenfassend, daß die Abwicklung der Rentenbankkredite auf jeden Fall durchgeführt werden soll. Die landwirtschaftlichen Spitzenverbände sollen darauf hinarbeiten, daß jeder Landwirt, der irgend dazu imstande ist, seinen Verpflichtungen nachkommt. Falls dies geschieht, werden die Kreditinstitute in der Lage sein, durch sorgsame Prüfung des Einzelfalles eine Existenzgefährdung der Betriebe zu vermeiden. — Es ist zu begrüßen, daß den Kreditinstituten beim Anfall der Wechsel freie Hand gegeben wird. In ihrer Hand ist auch die Prüfung der Ausnahmen am zweckmäßigsten aufgehoben.

Die Bergbaufrage im September war im ganzen genommen nicht weniger günstig als die im August. Im Ruhrgebiet ergab sich für 26 Uebelstagen eine Steinkohlenförderung von 9,69 gegen 9,93 Millionen Tonnen. Kokserzeugung und Breiherstellung gingen ebenfalls etwas zurück. Die Gesamtzahl der beschäftigten Arbeiter betrug 402 263 gegen 404 006. Die Kohlenbestände sind nicht nennenswert vermehrt. (Bestand 1,96 Millionen Tonnen.) Der Aachener Bezirk hat keine Förderung im September gegenüber dem August nach vermehrt. Das gilt auch für die Erzeugung von Breifetts. Auch die Zahl der Beschäftigten ist mit 23 762 um 106 Mann höher. Westberghausen meldet eine nur geringfügig auf 1,70 Millionen Tonnen ansehnliche Förderung, einen um rund 38 000 auf 245 000 Tonnen gestiegenen Halbenbestand. In Niederschlesien haben sich bei ziemlich unveränderter Förderung die Halbenbestände durch die verbesserte Abfuhr für Industrieholz verringert und auch die Lage des Kohlsamarktes ist besser. Im sächsischen Steinkohlenrevier konnte die um rund 7000 auf 303 000 Tonnen gestiegene Förderung glatt abgefegert werden. Für Braunkohle ergibt sich für Mitteldeutschland eine neuerdings auf 8,69 gegen 8,62 Millionen gestiegene Rohkohlenförderung, während die Breiherstellung leicht zurückgegangen ist. Im rheinischen Braunkohlenrevier wurden 3,77 gegen 3,85 Millionen Tonnen im August gefördert und mit 0,90 Millionen Tonnen auch etwas weniger Breifetts hergestellt. Die Gesamtfrage des deutschen Kohlenbergbaus stellt sich danach im Monat September weiterhin als günstig dar.

Ein europäisches Elektromaschinenkartell? Der englische „Evening Standard“ meldet, daß demnächst zwischen den deutschen, englischen, französischen und spanischen Erzeugern elektrischer Maschinen und Apparate in Berlin eine Konferenz stattfinden soll. Die Konferenz habe das Ziel, eine Preisablenkung zu errichten. Wir verzeichnen diese Mitteilung, weil sie uns nicht unwahrscheinlich erscheint. Mit der amerikanischen General Electric Company hat der deutsche AEG-Konzern den Elektrizitätsmarkt in Europa weitgehend aufgeteilt, und wenn sich neben England die übrigen deutschen Erzeuger von Elektromaschinen zur Kartellierung bereit finden, so wäre tatsächlich das Zustandekommen eines derartigen Kartells möglich.

Ein großes Bauprogramm will die Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft im rheinisch-westfälischen Industriegebiet durchführen. Die Strecke Köln—Dortmund soll viergleisig ausgebaut werden und die Nord-Süd-Verbindung im Ruhrgebiet soll so eingerichtet werden, daß die Bergarbeiter billigster Södhafen im nördlichen Gebiet befördert werden können, ohne ihren Wohnsitz in der südlichen Ruhr aufgeben zu müssen. Die Durchführung des Gesamtplanes erfordert etwa 300 Millionen Mark, deren Aufbringung sich auf die nächsten sechs Jahre verteilen soll.

### Wie man Verdauungsbeschwerden auf leichte Weise beseitigen kann

Auf leichte, schnelle und prompte Weise werden Verdauungsbeschwerden beseitigt, wenn man den Ursprung der Störung durch Anwendung des richtigen Mittels behebt. Fast alle Verdauungsbeschwerden und Magenleiden sind auf einen Uebelstand von Säure zurückzuführen, der die Gärung im Magen bis zum Uebelwerden steigern kann. Beseitigen Sie diesen Zustand und Schmerz und Uebelstand verschwinden dann sofort. Man nimmt am besten einen halben Koffeolöl des harmlosen Mittels: Biserierte Magnesia. Dieses Mittel neutralisiert die Säure, mindert die Gasbildung und bewirkt eine schmerzlose normale Verdauung. Kaufen Sie noch heute eine Flasche in der Apotheke, nehmen Sie sie nach dem Essen oder jedesmal, wenn Sie Uebelstand verspüren, und Sie werden von der guten Wirkung überrascht sein: Schmerzen, Beschwerden und das unbehagliche Gefühl eines überfüllten Magens sind rasch verschwunden. Es gibt wohl kaum ein anderes Mittel, das so schnell und prompt Erleichterung verschafft wie Biserierte Magnesia. Versuchen Sie es noch heute!

**Wichtig!** Hüten Sie sich vor Nachahmungen und besetzen Sie darauf, nur die echte Biserierte Magnesia zu erhalten, die den Namen Bismog Ltd., London trägt.

**Grumach**  
Elegantes Jacquardmuster,  
eleganten Material, bei  
Grumach das Paar nur **115**

**8 1/2 Honigsdie Oper 8 1/2**  
Die Welt applaudiert...  
in dem gewaltigen neuartigen  
**Revue-Stück**  
**Alles Nackt!**  
(Nach der gleichnamigen  
Pariser Revue „Tout nu“)  
200 Mitwirkende!  
Original-Pariser  
Kostüme und Tricks  
Parkett 3,50 Mk.  
Theaterkasse ununterbr. geöffnet

**Volksbühne**  
Theater am Bülowplatz / Th. am Schiffbauerdamm  
8 Uhr  
**Kabale u. Liebe**  
George Dandin.  
Dazu:  
Der gemütliche  
Kommissär

**8 SCALA**  
Nollendorf 136a  
**Die Oktober-  
Variété-Revue**

**Renaissance-Theater**  
Steinplatz 901. — Täglich 8 Uhr:  
**Giovanni und Annabella**  
(Schade, daß sie eine Hure.)

**8 Winter-  
Garten**  
Variété  
Räucher gestaffelt  
Edmond Guy, Ernest van Dören  
Enoch Light's Columbia-Orchester

**Rennen zu Karlshorst**  
Donnerstag, den 20. Oktober  
nachm. 1 Uhr  
**Jagdrennen d. Dreijährigen**

**Morgen Circus der 100 Löwen**  
**Kapitän Alfred Schneider**  
Monumentaler Holzcircusbau  
mit Zentralheizung  
Prinzessallee, Ecke Soldiner Straße  
Telephon: Moabit 4821  
**Gala-Eröffnungsvorstellung**  
Freitag, 21. Oktober, 8 Uhr — Tel. L. 5555 — Vert. u.  
Mittw. auch 1 Uhr. — Kabellage: Ende Halle Pader.

**Theater, Lichtspiele usw.**

Donnst., 20.10.27 <b>Staats-Oper</b> Am Pl. d. Republ. Anf. 8 Uhr <b>Madame Butterfly</b>	Donnst., 20.10.27 <b>Städtische Oper</b> Bismarckstr. 8-10 Uhr IV. Anf. 8 <b>Tosca</b>
Städt. Schauspiel. Am Gendarmenmarkt 8 Uhr <b>Die Wupper</b>	Städt. Schillerth. Charlottenburg 8 Uhr <b>Fünf von der Jazzband</b>

**CASINO-THEATER** 8 Uhr  
**Die Paula vom Metropol.**  
Auszeichnen! Gutschein 1—4 Pers.  
Fauteuil nur 1,10 M., Sessel nur 1,60 M.

**Was Kinder  
den Eltern  
verschweigen**

Manuskript:  
Dr. J. Brandt u. Alfred Halm  
Texte: L. W. Jacobs  
Regie: **Franz Osien**

In den Hauptrollen:  
**Mary Johnson / Nina Vanna  
Ernst Verebes / André Mattoni**  
Elisabeth Pinajeff / Olga Limburg / Erich Kaiser-Titz  
Rudolf Lettinger / Jacob Tiedtke / Carl Walther Meyer

Peter Ostmayr - Produktion der  
Matador-Film-Verleih G. m. b. H.

**Uraufführung: Freitag**  
5 7 9 15 Uhr  
**MOZARTSAAL**

**Neues Theater  
am Zoo**  
Täglich 8 1/2 Uhr:  
**Die lustigen  
Thema-Komödien.**

**Thalia-Theater**  
8 Uhr  
**Der rote Hahn**

**Circus Busch**  
Tägl. 8 Uhr:  
**Paula Busch**  
in  
**Vicki wettet  
um die Welt**

**Th. im Admiralspalast**  
Täglich 8 1/2 Uhr:  
Die neue  
**GALLER-  
REVUE**  
„Wann und wo“

**Theater am Kottbuser Tor**  
Kottbuser Straße 6.  
Täglich 8 U. u. Sonntagnachm. 3 U.  
**Elite-Sänger**  
in großer Form in ihrem  
Bombenprogramm!  
Volkspreise von 50 Pf. bis 2,50 M.  
Sonntag nachmittag:  
**Große Familien-Vorstellung**  
Volles Progr. Kl. Preise v. 40 Pf. b. 1,75 M.

**Reichshallen-Theater**  
Anfang 8 Uhr u. Sonntag nachm. 3 Uhr  
**Stettiner Sänger**  
Zum Schluß: Eine stochernd  
in der Müllerstraße  
Nachmittags-Hulbe  
Preise, volles Programm.

**Odenhoff-Brattl's**  
Variété, Konzert, Tanz

**Theater des Westens**  
8 Uhr:  
Gastspiel  
**Fritz Massary**  
**Eine Frau  
von Format**

**Lustspielhaus**  
8 1/2 Uhr:  
**„Filmromantik“**

**Th. im Admiralspalast**  
Täglich 8 1/2 Uhr:  
**GALLER-  
REVUE**  
„Wann und wo“

**Th. im Admiralspalast**  
Täglich 8 1/2 Uhr:  
**GALLER-  
REVUE**  
„Wann und wo“

**Justiz**  
-essing-Theater  
8 Uhr  
**Schlinderhannes**

**Schenkt  
Bücher zu jedem  
Fest!**

**Berliner Uk-Trio**  
Neukölln, Lahnstr. 74/75 L

**Residenz-Theater**  
Täglich 8 1/2 Uhr:  
**Der Leibkutscher des  
Fridericus Rex**  
Sonnab. u. Stg. 4 Uhr  
**Schneeweißchen  
und Rosenrot**  
Kleine Eintrittspr.  
Ab Sonnab. 22. Okt.  
8 Uhr:  
Gesamtspektakel des  
Herrfeld-Theaters

**Walhalla-Theater**  
Täglich 8 1/2 Uhr:  
**Am Radesheimer  
Schloß steht eine Linde**  
Parken statt 4 Mk  
tägl. auch Sonntags  
**60 Pf.**  
Sonntag nachm. 4 U.  
Dornröschen  
Parken von 30 Pf. an

**Justiz**  
-essing-Theater  
8 Uhr  
**Schlinderhannes**

**Justiz**  
-essing-Theater  
8 Uhr  
**Schlinderhannes**

**Justiz**  
-essing-Theater  
8 Uhr  
**Schlinderhannes**

**Schenkt  
Bücher zu jedem  
Fest!**

**Berliner Uk-Trio**  
Neukölln, Lahnstr. 74/75 L

**Metropol-Theater**  
Ab Freitag 21. Okt.  
tägl. 8 1/2 Uhr  
der sensation. Erfolg  
**Die  
Tugendprinzessin**  
Operette v. Zorlig,  
Bereits über 200 Auf-  
führungen!  
Sela Käny, Edith Kerk, Mel.  
Lefwig, Mayla Roman,  
Arburg, etc., Bayreuth u. s. w.

**Planetarium am Zoo**  
Tägl. Juchendstunde  
Noll. 1978  
Der Sternhimmel auf  
der Reise von Berlin  
nach dem Äquator  
Vorführungen:  
8 1/2, 6, 7 1/2, 9 Uhr.  
Eintritt 1 M.  
Eindeckel 15 Jahre 1,50!

**Krause-Pianos  
zur Miete**  
W. G. Ansbacherstr. 1

**Wospelst man  
mit a. billig?  
Nur  
Groß-Berlin  
Alexanderplatz**

**HEUTE URAUFFÜHRUNG**

**DIE  
ELF  
TEUFEL**

HAUPTROLLEN  
**EVELYN HOLT  
LISSI ARNA  
GUSTAV FRÖHLICH**  
REGIE: ZOLTAN CORDA  
CARL BOESE FILM  
DER NATIONAL  
FILMA-G.

**PAUENTZIEN  
PALAST**  
LUDWIG KLOPPER  
VORSTELLUNGEN  
6 8 10

**Deutsches Theater**  
Norden 10334—37  
8 Uhr:  
Dorothea Angermann  
v. Gerh. Hauptmann  
Lage: Max Reinhardt

**Kammerspiele**  
Norden 10334—37  
8 1/2, U. Ende 10 1/2, U.  
**Ihr Mann**  
Liedert. von Paul Graub.

**Die Komödie**  
Bismarck 2414/7316  
8 1/2, U. Ende 10 1/2, U.  
**Zinsen**  
Komödie  
von Bernard Shaw

**Piscatorbühne**  
Theat. u. Heilendörferplatz  
Kurfürst 2091/93  
8 Uhr:  
Hoppla, wir leben  
von Ernst Toller  
insz. Erwin Piscator  
Freitag, 21. Okt. 8 U.  
50. Vorstellung

**Großes  
Schauspielhaus.**  
Tägl. 8 U. Ende  
11 U.  
**DER  
MIKADO**

Die  
neue  
**CHARELL-**  
Inszenierung  
mit  
**Max Pallenberg  
Rita Georg  
Bendow  
Jankuhn  
Stöke Szokell  
Werkmeister  
Westemeier**  
Jackson Boys  
Sunshine Girls

Sig. nachm. 3 Uhr  
ungekürzte Vorst.  
zu halben Preisen  
**Vorverkauf**  
10—9 Uhr

**Trion-Th.**  
Tägl. 8 1/2 Uhr:  
**Erika Blässner**  
in  
**Frau Präsidentin**  
Sonnabend nachm. 4 U.  
Hühner u. Grotel  
Türke abstr. Kupferst. etc.

**Die Schwester**  
Komödienhaus  
Norden 6304. 8 1/2, U.  
**Hokuspokus**  
Berliner Theater  
Dönhoff 170. 8 U.  
**Léonie**

**Rose-Theater**  
8 1/2 Uhr:  
**Die Maschinen-  
bauer v. Berlin**

**Henko** Wasch- und Bleich-soda  
das altbewährte Einweichmittel!

**Nettle gegen Haarausfall**  
ärztlich verordnet und empfohlen. Vom Leipziger Schulfürsorgamt beglaubigte  
Urkunde. 20.000 Dankschreiben. In Kliniken und Krankenhäusern zur mit  
Erfolg angewendet. Nettle beseitigt jeden Haarausfall sofort, wenn nach  
Gebrauchsanweisung verwendet wird. — Flasche 2, 3 und 4 Mk.  
Erkältlich in allen Apotheken Hermanns Tis.

**Dankagung.**  
Für die vielen Beweise der Anteil-  
nahme bei der Einküpfung meines  
lieben Mannes  
**Hugo Rummel**  
Ihre ich allen Verwandten und Be-  
kanten, auch den Genossen der 2. Ust  
der S. U. sowie der Beileidigen und  
ihren Arbeitskollegen auf diesem Wege  
meinen herzlichsten Dank.  
Marie Rummel, geb. Neumann

**Wasch-  
Maschinen**  
Auch bis zu  
**12 Monatsraten**  
**Raddatz & Co.**  
Berlin, Leipziger Str. 122/123

**Beitfedern, Daunen**  
Bietet aus der Natur an Duette  
Weiche gusse Kupffedern. Stund von  
50 Pf. an. -riesen Gänsfedern zum  
Selbstkostenpreis. Stück von 50 Pf. an  
**Beitfedernfabrik Sarwan**  
Brunnenstr. 152  
Befestigungsbüro portofree rechts.

## Geschwindigkeit ist keine Hexerei.

Von N. Karpow (Moskau).

Ein hübsches semmelbuntes Bürdlein kam atemlos zur Hütte des Polap Lakuskin geföhrt und blickte geschäftig ins Fenster. Unter der Hängelampe an einem Tisch voll Flaschen und Ambrosialkübeln saßen ein Mann mit spärlichem Grauhaar, in gelbem Hemde — der Wirt des Hauses — und ein Mann mit rotem Schnauzbart — er trug ein grünes Samtwams, und sein Kopf war glattrasiert.

Der Knabe preßte seine Stupsnase gegen die Glascheibe, klopfte ans Fenster und rief:  
„Onkel Polap, die Leute sind schon alle im Klub versammelt! Der Vorsteher läßt den Zauberkünstler rufen!“

Der rote Schnauzbart wart einen Blick aufs Fenster und fragte — seine Stimme war erkältet und heiser:  
„Was ist los, Wirt?“

„Ja, man schickt wohl aus dem Klub herüber,“ erläuterte Polap dienstwillig, indem er seinem Gast ein mit Schnaps gefülltes Teeglas hinsetzte. „Sie sind wohl ungeduldig geworden. Der Klubvorsteher bittet dich, mit der Vorstellung zu beginnen.“

Der rotbhaarige goß sich sein Glas Schnaps hinter die Binde, strich sich mit der Zunge über den Schnurrbart, räusperte laut und knirschte:  
„Der Klubvorsteher? Man denke bloß — wack ein großes Tier! Hab' genug von der Sorte gesehen. Weißt du, Bruder, ich habe vor dem Vorsteher der Tschumatschenrepublik Vorstellungen gegeben, besitze ein Belobigungsschreiben vom Bildungsminister der kaukasischen Bergrepublik! Und hier — Spah! — irgend so ein Dorf-Vorsteher!“

„Haft recht! Spud' auf ihn, Genosse Magier!“ murmelte der Wirt unterwürdig. „Acht' nicht auf ihn! Die verstehen ja doch nichts von der Sache! Sie mögen warten — tut nichts!“

„Selbst der Vorsteher der Bergrepublik hat auf mich worten müssen!“ brüllte der Gast los und schlug mit der Faust schmeißend auf den Tisch. „Sämtliche Volkskommissare der Tschumatschenrepublik haben geworrt! Ich habe in ganz Europa internationale Kultur-aufklärungs-Vorstellungen der schwarzen und weißen Magie veranstaltet!“

Der Alte rückte näher an den Sprecher heran und forschte mit listigem Augenwinkeln:  
„Sag' mir mal, lieber Freund, ehrlich und aufrichtig: Diese Magie —, in welcher Weise kommt das nun eigentlich zustande?“

„Du glaubst wohl, es sei Teufelspud?“ lächelte der Gast überlegen. „Aber ich sage dir: die Sache vollzieht sich ganz ohne Opium, allein durch Geschwindigkeit und Geschicklichkeit der Hände...“

„Was du sagst!“ wandte Polap mit leisem Misstrauen ein. „Du kennst gemiß ein Zaubermagier, Genosse Magier. Ohne das geht's auf keinen Fall!“

Der Magier streckte die Hand nach dem Trinkglase aus und brummte nachdenklich:  
„Ärgerlich... natürlich, kenne ich auch gewisse Zaubersprüche... Hast du Lust? Ich mache dir gleich irgendeine Hypnose vor!“

„Rein, sag ab! Lieber nicht! Sei schon so gut... wozu' noch ein bißchen,“ bot der Wirt und rückte ängstlich von ihm ab. „Hol' dich der Versuch! Wirt' mich noch in wer weiß was verwandelt! Führ' das schon lieber im Klub vor!“

„Am Klub?“ grinste der Magier verschmigt. „Aber vielleicht ließe ich es vor, auf euren Klub zu spielen? Was habt ihr überhaupt für ein Publikum — bloß und ohne das geringste Verständnis für uns Künstler! Da bin ich nun in eurem gottverlassenen Dorf gestrandet, um eine Kulturaufklärungs-Vorstellung der schwarzen und weißen Magie zu geben, hab' ein Blat' ausgehängt, selber die Eintrittskarten verkauft — alles, wie sich's gehört... aber was meinst du wohl —, wie groß ist der Erlös? 25 Rubel! Für diesen Dreß rühre ich keinen Finger — von Glasglücken schon gar nicht zu reden! Bieleicht ist meine Seele heute überhaupt nicht in Stimmung, Glas und Feuer zu stellen! Für 25 Rubel — ein ich nicht zu haben!“

Der alte Polap musterte seinen Gast aufmerksam und nickte ihm lächelnd zu:  
„Genosse Magier, ich verstehe dich! Wir haben zusammen geschlossen... Aber wenn man uns ertappt?“

„Dann rücke ich aus, quer durch die Gemüsegärten... auf die große Landstraße... Ich kenne hier die Wege gut... Und die Nacht ist stockfinster,“ entgegnete der Magier gleichfalls im Flüsterston.

„Na, dann mach' aber schnell! Tröble nicht länger! Sonst schickt man wieder vom Klub herüber. Das Satansvolk hat ja keine Geduld...“

Der Magier sprang auf, warf seinen zerflossenen Mantel über die Schultern, griff nach einem schmalen Leinentöfferchen, drückte seinem Gastgeber flugs die Hand und stürzte in die Nacht hinaus.

Nach fünf Minuten kam her Borshende des Dorfswajets, ein rotbärtiger Bauer in neuem Sonntagsgrod, verstört in die Hütte gelaufen und blickte verblüfft um sich:  
„Onkel Polap, wo steckt denn der Magier? Die Leute sind längst versammelt und verlangen sein Auftreten.“

„Na endlich kommt ihr!“ logte Polap lächelnd. „Dieser Magier ist längst auf und davon.“

„Warum hast du ihn nicht am Schlafstüchen gepackt?“

„Am Schlafstüchen? Versuch's mal selber! Du hast gut reden. Er hätte dich in einen Höllendreck verwandelt! Da wärst du deines Lebens nicht mehr froh. Oder unser Dorf in Brand gesteckt, oder sonst was! Kommt noch von Glück sagen, daß der Satan ihn geholt hat. Kurz und gut, man sieh's — ein richtiger Magier —, Geschwindigkeit der Hände und Füße und dergleichen. So einer kriegt alles fertig...“

Der Borshende stand lange schweigend mit offenem Munde da; denn spuckte er grimmig aus und sprang mit einem Schrei aus der Hütte.

## Das Liebespaar.

Viktoria, die 62jährige Schwester des Erzählers herabset den 23jährigen russischen Einjähriger Joubloff.



Starr vor Schrecken sind Verwandte  
Wenn die sechzigjährige Tante,  
Ob sie zwar schon angegriff,  
Sich als liebestoll erweist.

Einen faßig-jungen Knaben  
Wilt die alte Schachsel vordr.  
Er ist Tänzer, sie Prinzeß,  
Einfach fächerlich! — Indeß

Bruder Wilhelm Hohenzollern  
Kann hier nicht dazwischenkoffern,  
Weil auch sein Johannistieb  
Keineswegs platonisch blieb.

Dorstelle aller Zeiten  
Welchen schlichten Gleichlichkeiten.  
Hier Viktoria — dort Joubloff:  
Menschen sind von gleichem Stoff.

Nur — um dieses zu kapieren,  
Müß' ein Amskurz erst passieren.  
Leider scheint: für Majestät  
Kam die Sache etwas spät! M. u. C.

Charles Darwin mit einer Fülle wissenschaftlich gesammelten Materials die Entwicklung der verschiedenen Arten aus einander dort und die Lehre von der Abstammung aller verwickelten pflanzlichen und tierischen Lebensformen aus einfachen aufstellte, ist diese als religions- und glaubensfeindlich verkehrte Auffassung allmählich zum Gemeingut der wissenschaftlichen Welt geworden. In der Tatsache der Deszendenz oder Abstammung in Darwin'schem Sinne zweifelt heute wohl kein wissenschaftlich ernst zu nehmender Forscher.

Darwin verstand auch, in die Mechanik der Entwicklung einzudringen; er meinte, daß im Kampf ums Dasein nur diejenigen Individuen bestehen, die am besten den Lebensbedingungen angepasst sind und auch veränderten Lebensbedingungen sich anpassen vermögen. Diese vererben ihre Eigenschaften an ihre Nachkommen, und so kommen durch ein Ausleseprinzip der Natur, sog. natürliche Zucht, im Laufe von Jahrtausenden und Jahrmillionen gänzlich veränderte vererbte Eigenschaften und neue Arten zustande. Dieser erste grophartige Versuch, in den Mechanismus der Natur bei der Bildung neuer Arten einzudringen, die sog. „Selektionslehre“ oder der Darwinismus im engeren Sinne, hat später anderen Anschauungen weichen müssen, er ist als nicht ausreichend zur Erklärung oder zum Begreifen der Tatsachen erkannt worden. Zu Anfang unseres Jahrhunderts entdeckte der heute noch im Alter von 77 Jahren lebende holländische Forscher Hugo de Vries bei gewissen Pflanzen sehr auffallende Abweichungen, durch welche sich die Nachkommen von den Eltern unterscheiden, und diese Änderungen oder „Mutationen“, wie man sie mit einem Fremdwort nannte, vererbten sich weiter, so daß in ganz kurzen Zeiträumen unter unseren Augen ganz neue Formen entstehen, zu deren Erklärung die Selektionslehre schler ungenügende Zeiträume voraussehen mußte.

Gleichzeitig entdeckte de Vries von neuem die schon vor sechzig Jahren von dem Augustinermonch Gregor Mendel zuerst aufgefundenen, aber unbeachtet gebliebenen Regeln der Vererbung bei Kreuzungen verschiedener Arten. Diese Mendel'schen Regeln, wie sie seitdem heißen, die übrigens zur selben Zeit auch von dem deutschen Forscher Carl Correns und dem österreichischen Botaniker Erich v. Tschermak wieder gefunden wurden, bilden seitdem die Grundlage der Wissenschaft von der Vererbung, die sich in den letzten verfloßenen 25 Jahren sehr fruchtbar entwickelt und die verschiedenen Zweige der Biologie (Wissenschaft vom Leben) ganz außerordentlich befruchtet hat. Freilich hat, wie der Wiener Biologe Richard v. Wettstein in einem bedeutungsvollen Vortrag auf dem kürzlich abgehaltenen internationalen Kongress für Vererbungswissenschaft hervorhob, gerade die Deszendenztheorie oder Entwicklungslehre die erhoffte Befruchtung von der Vererbungsforschung trotz deren großer Erfolge nicht erfahren. Dieses aus den ersten Anblick überraschende Ergebnis wird aber verständlich, wenn man bedenkt, daß zwar die Vererbung eine Voraussetzung der Entwicklung ist, ebenso aber auch die Durchbrechung der Vererbung, ohne welche es ja überhaupt keine Veränderung, also auch keine Entwicklung geben kann. Die Vererbungsforscher haben aber naturgemäß hauptsächlich die Erscheinungen der Vererbung und nicht die ihrer Durchbrechung zum Gegenstand ihrer Untersuchungen gemacht.

Für die Vererbung wurden als in erster Reihe maßgebend gewisse Bestandteile der Keim- oder Geschlechtszellen erkannt, die sog. Chromosomen oder fadenförmigen Kernschleifen. Eine Zelle, die Grundzelle, aus der jeder Organismus aufgebaut ist, besteht stets aus einem Kern und dem eigentlichen Zellkörper oder Plasm.

m a. Die fadenförmigen Chromosomen sind durchaus an den Zellkern gebunden und sie wurden als Träger der Erbinheiten erkannt, von denen jedes einzelne Chromosom sehr viele enthalten kann. Freilich ist die Frage aufzuwerfen, ob wirklich die sog. Gene, wie man die an den Zellkern gebundenen Erbinheiten nennt, die einzigen Träger der Vererbung sind, oder ob nicht neben ihnen der eigentliche Zellkörper, das Plasma, der sich von Vererbungselementen ist, wofür nach Weistens Ausführungen manche Ergebnisse neuerer Untersuchungen zu sprechen scheinen. Diese und eine Reihe anderer Fragen harren noch der Aufklärung.

Darwin nahm an, daß auch solche Veränderungen, die ein Organismus im Lauf seines Lebens erwirbt, vererbbar sind. Doch ist diese Ansicht heute wohl allgemein fallen gelassen. Erhaltene Vererbungen, die ein Körper erhält, scheinen mit Sicherheit nicht erblich zu sein; aber auch bei vielen anderen Veränderungen ist es nicht der Fall. Organe träftigen sich durch Gebrauch und Verfall beim Richtgebrauch, ein Schmied z. B. bekommt infolge seiner Tätigkeit ganz anders ausgebildete Muskeln als ein vornehmlich mit Schreibarbeit in der stillen Stube beschäftigter Gelehrter. Aber vererbt werden diese Eigenschaften nicht, der Sohn des Schmiedes ist von vornherein keineswegs mit kräftigerer Muskulatur ausgestattet als der Sohn des schwächlichen Gelehrten. Nur wenn die Gene, die Erbinheiten, beeinflusst und verändert sind, tritt die Veränderung, die an irgendwelchen Stellen des Körpers erkennbar werden kann, auch bei den Nachkommen hervor.

Die Einsicht in die Faktoren, welche eine Veränderung der Gene oder Erbinheiten hervorrufen, ist freilich noch sehr gering, aber vielversprechende Anfänge sind doch gemacht. Namentlich in Amerika, wo für derartige Forschungen weit reichere Mittel zur Verfügung stehen als bei uns in Deutschland, herrscht auf diesem Gebiete eine rege Fortschrittsfertigkeit. Auf dem schon erwähnten internationalen Kongress berichtete Prof. H. J. Muller von der Universität Texas in den Vereinigten Staaten über solche Versuche, die an mehreren Tausenden von Exemplaren einer winzigen Fliegenart, der sog. Essig- oder Taufliege angestellt wurden. Eine geringe Abnahme von der Schwierigkeit und Feinheit derartiger Versuche bekommt man, wenn man hört, daß in einem einzigen Chromosom dieser Fliege gegen 100 Gene vorhanden sind und daß es trotz ihrer Winzigkeit gelungen ist, sie auf die photographische Platte zu bannen. Muller konnte den Einfluss verschiedener äußerer Umstände, der Temperatur, der Röntgenstrahlen, des ultravioletten Lichtes, auf die Veränderung der Gene studieren, und auf Grund seiner Ergebnisse kam er zu dem bedeutsamen Ausspruch: „Mutationen können willkürlich ausgeföhrt werden.“ Freilich mußte er die Einschränkung machen, daß der Ort und die Richtung der Mutation in keinem einzelnen Falle vorher bestimmt und vorausgelagt werden kann, wenigstens vorläufig noch nicht. Aber es ist doch ein Anfang mit der Einsicht in den Mechanismus und die Bedingungen der Mutationen gemacht, und es ist zu hoffen, daß diese Arbeiten in ihrem weiteren Verlauf auch dazu führen werden, bestimmte Mutationen für praktische Zwecke hervorzubringen. Dann steht auch mit Sicherheit zu erwarten, daß die Abstammungs- und Entwicklungslehre von der Vererbungsforschung starke Befruchtungen erfahren wird.

## Rheumatismus — eine Volksseuche.

Während man schon seit vielen Jahren erkannt hatte, daß die Tuberkulose und die Geschlechtskrankheiten um ihrer Häufigkeit und um ihrer Folge willen mit Recht die Bezeichnung „Volksseuche“ zu führen haben, ist man erst in der letzten Zeit zu dem Erkenntnis gelangt, daß auch der Rheumatismus zu den verbreitetsten und gefährlichsten Volkskrankheiten, also zu den „Volksseuchen“ gehört. Wie Professor Windler, Bad Kenndorf, jüngst in einer medizinischen Fachzeitschrift mitteilt, hat soeben eine internationale Gesellschaft zum Studium und zur Bekämpfung des Rheumatismus eine Flugschrift erscheinen lassen, die ungemein lehrreiche, aber auch erschreckende Zahlen enthält.

So werden in Schweden mehr als 9 Prozent der Bevölkerung durch rheumatische Leiden dauernd invalide. Zum Vergleich wird angeführt, daß die Lungentuberkulose nur 3,8 Prozent bleibende Invalidität hinterläßt. Es werden in Schweden alljährlich an etwa 1500 Personen lebenslängliche Renten wegen Rheumatismus bewilligt. Während bei der Tuberkulose gewöhnlich die Rente nur für einige Jahre gezahlt werden muß, da innerhalb dieser Zeit diese Krankheit ausheilt oder zum Tode führt, können die rheumatischen Invaliden noch 2 bis 3 Jahrzehnte mit ihrer Krankheit am Leben bleiben — demgemäß bedeutet die Vernachlässigung rheumatischer Leiden für den Staat einen außerordentlichen großen Schaden.

In Dänemark wurde festgestellt, daß 12 Prozent aller Krankheitsfälle der Männer auf Rheumatismus zurückzuführen sind. Die Krankenhäuser dieses kleinen Landes haben im Jahre 1923 über 3000 Rheumatiker aufgenommen. Selbstverständlich ist das nur ein Bruchteil der dänischen Rheumatikergesamtheit. In Oesterreich hat Professor Wendt nachgewiesen, daß über die Hälfte der Kriegsverwundeten im Gefolge chronischer Rheumatisiererkrankungen entstanden war.

In Deutschland hat Dr. Zimmer aus den Listen der allgemeinen Druckerkrankte der Stadt Berlin berechnet, daß auf einen Tag Arbeitsverlust infolge Tuberkulose 3,41 Tage Arbeitsverlust durch Erkrankungen an Muskel- und Gelenkrheumatismus, „Gicht“ usw. kamen, also das Dreieinhalbfache. Auf 24 000 Invaliditätsfälle durch rheumatische Erkrankungen der Bewegungsorgane entfielen nach Berichten der Landesversicherungsanstalten 23 376 durch Tuberkulose aller Organe bedingte Invaliditäten.

In England, dem klassischen Land des Rheumatismus, stirbt jeder achte Mensch an Herzleiden, und davon ist ungefähr die Hälfte rheumatischen Ursprungs. Das Bedauerndste an dieser Krankheit ist die Tatsache, daß zwei Drittel dieser Erkrankungen innerhalb der Zeit vom 5. bis 15. Lebensjahre auftreten. England verliert demgemäß jährlich 12 000 bis 15 000 Kinder in den Schuljahren durch Herzleiden nach Gelenkrheumatismus. Ein Sechstel der invalid gewordenen englischen Arbeiter waren Opfer des Rheumatismus. Die Kosten für Behandlung der rheumatisch erkrankten englischen Arbeiter belaufen sich auf zirka 40 Millionen Mark, und 3 Millionen Arbeitsoffen gehen verloren. Fast die Hälfte der an akutem Gelenkrheumatismus Erkrankten wies ein Herzleiden auf. Nach Ansicht einer vom englischen Minister für Volksgesundheit eingesetzten Kommission waren schadhafte Zähne und feuchte Wohnungen die häufigste Ursache der Erkrankungen.

Zusammenfassend kann man sagen, daß der Rheumatismus in unseren Breiten häufiger und der Volkswirtschaft weit gefährlicher ist als die Tuberkulose. Während für die Tuberkulosen in Höhenorten und Lungenheilstätten gesorgt wird, geschieht für die Rheumatiker verhältnismäßig wenig. Es wird die Aufgabe der maßgebenden Sozialhygieniker sein, den Kampf gegen die Volksseuche Rheumatismus sobald als möglich mit allen Kräften aufzunehmen.

## Entwicklung und Vererbung.

Von Dr. B. Borhardt.

Nach vor 100 Jahren sah man die Formen aller Lebewesen, Pflanzen und Tiere, als feste unänderbare Arten an, die so, wie sie einmal geschaffen worden sind, dauernd weiter bestehen, ihren Kindern und weiteren Nachkommen ihre Formen und sonstigen charakteristischen Eigenschaften unverändert vererben, entsprechend dem biblischen Wort, daß Gott sie alle geschaffen hat, „ein jegliches nach seiner Art“. Zwar gab es auch zu Ende des 18. und Anfang des 19. Jahrhunderts Forscher, die von einer Entwicklung sprachen, aber sie konnten sich gegenüber dem allgemeinen Glauben von der Unveränderlichkeit der Arten keine Geltung verschaffen. Erst seitdem

Blausäure gegen den Hausschwamm. Dem Hausschwamm, diesem gefährlichsten Holzzerstörer, der jährlich Millionenwerte vernichtet, ist sehr schwer beizukommen. Man muß entweder große Hitze von 60 Grad Celsius anwenden oder sämtliche betroffenen Holzteile entfernen. Das ist sehr schwierig und kostspielig und manchmal nicht durchführbar. Prof. Besson ist es nun, wie er in der „Umschau“ mitteilt, gelungen, den Hausschwamm samt Sporen durch Anwendung von Blausäure abzutöten, und damit ist endlich ein leicht verwendbares Mittel gegen diese schlimme Hausplage gefunden.

# Marineblau? Selbstverständlich! Schwarz? Natürlich!

Haben Sie vielleicht auch schon Schwierigkeiten gehabt, um die Auswahl an blauen oder schwarzen Mänteln zu finden, die nötig ist, um den Mantel zu wählen, der Ihnen am besten gefällt und Sie am besten kleidet?

Wenn Sie einmal sehen wollen, was wirkliche Auswahl — wirkliche Leistungsfähigkeit bedeutet, dann sollten Sie gerade jetzt zu uns kommen.

Die grandiose Auswahl in diesen so stark begehrten schwarzen und blauen Mänteln, unter der Sie bei uns wählen können, wird Sie gleichermaßen überraschen wie begeistern.

Und dazu diese verblüffend niedrigen C & A-Preise!



Fesch-jugendlich Ottoman-Mantel in sehr eleganter Wickelform, mit sportiv, ringumgefügter Biesenbordüre, Plüschsaum; hoher voller Plüschkragen. Halb a. Damast **29.50**

Hochwertiger Ottoman-Mantel, reich garniert in schönem, deutschem Seid-Elektrot und Trauer. Erstklassige Arbeit, eine prima Ware ganz auf Damast **68.00**



Oranienstr.40 Chaunestr.113 Königsstraße 33  
Am Oranienplatz Beim Stettiner Bahnhof Am Bahnhof Alexanderplatz

Nachdruck von Wort und Bild verboten!  
Die obigen Angebote stehen Ihnen ab Donnerstag zur Verfügung! — Schriftl. Bestellungen können nicht berücksichtigt werden!

**Deutscher Metallarbeiter-Verband**  
Achtung! Verwaltermitglied!  
Am Freitag, dem 21. Oktober, findet keine Sitzung des Mittleren Ortsverwaltungen statt.  
**Die Octoberverwaltung.**  
**ERFINDER!**  
Von angesehenem Berliner Industrie-Verkehr werden  
**Erfindungen patentierter bzw. patentfähiger Massenartikel gesucht.**  
Das Werk ist bereit, die Rechte solcher Erfindungen im Ganzen zu kaufen oder die Artikel auf dem Lizenzwege herzustellen. Bevorzugt werden kleine Gegenstände, wie z. B. Galanterie-massenartikel für Damen, Haushaltsartikel und Artikel der Elektro- oder Radiotechnik. Ausführliche Angebote unter K.L. 1961 an: Heine, Eisler, Annoncen-Expedition, Berlin SW. 48.

**Verkäufe**  
Tafelwagen, Bestmalmagazin, Gemüchepremiere, Georg Wagner, Kopenhagenerstraße 11, Hof. Rein Laden, beide billigste Preise.  
Fürtopp-Maschinen gegen 3-Mark-Schrottrotten, Blauf. Braunstraße 18, am Hof. Rosenbaleplatz und Jacobstraße. Herden 118.  
**Bekleidungsstücke, Wäsche usw**  
Bettensesself! Neul 9,75! 15., 19,50! Prochtröße 27,50! Herrenbetten 22,50! Duvette 37,50! Rindbetten 6,75! Bettmöbel Inletal Inatthilla und gull. Keine Lomberbetten. Leibhaus, Brunnenstraße 47.  
Ohne Anzahlung Bettmäße, Garnitur, Eppelstein, Finsabber, Tischdecken. Köhner, Ebbingstraße 47, 1.  
Bühnen Vorhang 80., Pelztraum 12., Pelzdecken 90., Pelzmäntel 100., Sportpelze 60., Gelpelze 125., Rasenlirgarerde, teils auf Seide; Stränge 25., Pelztopf 30., Keine Lomberbetten.  
Schlafzimmer, Speisezimmer, Herrenzimmer, Küch., Flur, Ankleiden, Bücherregale, Schreibtische, runde Tische, Stühle, Sofas, Kleiderbügel oder Krücken, Sofas, Kleiderbetten, Pulente, Teppiche, Wäsche, Putzmittel, Behälter, Vorhänge, etc.

**Möbel**  
Schlafzimmer, Speisezimmer, Herrenzimmer, Küch., Flur, Ankleiden, Bücherregale, Schreibtische, runde Tische, Stühle, Sofas, Kleiderbügel oder Krücken, Sofas, Kleiderbetten, Pulente, Teppiche, Wäsche, Putzmittel, Behälter, Vorhänge, etc.  
**Mattensammler, Pelzstoffe, Metallbetten, Kulligematratzen, Chaiselongues, Wäcker, Eisingerstraße 44, 1.**  
**Wollwaren**  
Juchensblütig Anrichtstüben, Tessenkränke, Abwaschtische, Drahtgeflecht Preise, Zahlungsanfertigung, Kamerling, Rahnstraße 56.

**Musikinstrumente**  
Ohne Anzahlung, Piano in großer Auswahl, neu und gebraucht, mit bester Feder, Langjähriger Garantie, keine Anzahlung, Preis 3000,-, am Hof, Rosenbaleplatz.  
**Fahrräder**  
Fahrer, erstklassige Motorrad, Preisabgabe, Fahrradhaus Genium, Lindenstraße 11, 11.  
**Kaufgesuche**  
Reibmittel, Silberlöcher, Rinn, Blei, Durschläger, Goldschmelze Christiani, Röhrenstraße 39 (Adolfstraße).

**Unterricht**  
Technische Privatdialekt, Werner, Arbeiter-Verein, Berlin, Rönnebergstraße 3, Maschinenbau, Elektro-technik, Hochbau, Abwehrlehrgänge, Tageslehrgänge.  
Technische Privatdialekt, Werner, Arbeiter-Verein, Berlin, Rönnebergstraße 3, Maschinenbau, Elektro-technik, Hochbau, Abwehrlehrgänge, Tageslehrgänge.  
**Arbeitsmarkt**  
Stellenangebote  
Kleber, jüngere, Plantin, der Hoff, aufbau, in Gips fertig arbeitet, auch verladen, leimt, grümt, Schriftliche Angebote an Bohm u. Co., Jexul-lenerstraße 21.

**KLEINE ANZEIGEN**  
In der Gesamtredaktion des 'Vorwärts' sind besondere wirksame und trotzdem sehr billig!  
**Maurer**  
Ingenieur für Kleinbauwesen in Bauwesen  
**Bauhütte G.m.b.H.**  
Sollingen  
**Schleifer**  
der auf Massenartikel aus dünnen Böchen gearbeitet hat, als Vorarbeiter gesucht. Evtl. kommt gleichzeitig auch Heuschützler der Galvanik in Frage. Ausführliche Angebote mit Angabe der Lohnansprüche, unter T. 3 an die Expedition des 'Vorwärts'.

## Sanitoy, Bonnoverband Schluß in Form OKTOBER-MESSE

Nützen Sie die Vorteile der unermesslich billigen Preise!

Wollwaren	Pütz	Neuungsa	Teilolorgan	Grundstoffe
Kleider aus Wollgarn 14.75 in jugendlich-leichten Formen	Jugendlicher Hut 3.90 aufgeschlagen Velvet, mit Filzstoffrand und Schieble	Damenstrümpfe 2.25 Wolle, Caschmir, stark, Qual., viele I. Farben, Paar	Normalhemden 1.95 Wollgemischt, . . . . . 2.95	Sehr preiswert! Ein Posten Damen-Trikot-Handschuhe mit 2 Dkn. . . . Paar 95.-
Kleider aus Wolle mit sportl. Stilform und neuen Farbestellungen 19.75	Kombinierter Hut 4.90 Pützschuch in Velvet in allen mod. Farben, leichtsame Formen 8.90	Damenstrümpfe 0.95 Flur und Seidengriff, verschiedene Qual. zum Teil II. Sort. Paar	Normal-Hosen 1.95 Wollgemischt . . . . .	Damen-Nappa 3.90 Stepper, 2 Dkn. . . . . Paar
Morgenrock aus guter Fleuschware mit kleidungsgem. 3.50	Filz-Capeline 3.90 in schwarz und farbig	Damenstrümpfe 1.45 Seidenfarb, ganz feinsam, Qual. in Doppels- u. Hochzeiten, Paar	Herrnen-Hosen 1.95 mit angefeuchtetem Futter, verschiedene Qualitäten. . . . 2.95	Damen-Schweden 4.90 Stepper, 2 Dkn. eleg. Farb. Paar
Morgenrock aus warm. Planchitsohlen mit breiter Schallgarnterung, alle Farben 4.95	Filz-Hüte 4.90 Frauenformen . . . . . 1.90	Damenstrümpfe 1.95 echt 'Bombay-Adler', Wäsche, zum Teil II. Sort. . . . .	Einsatz-Hemden 1.95 griffige Qual., moderne Muster	<b>Wollwaren</b>
Velourbluse m. Vorder-schließ-Kaschform bis Br. 82 vor-rällig 2.95	Frauen-Hüte aus gutem Velvet, große Kopflochen 8.75	Herrnen-Socken 0.95 Wolle, plattiert, mit Strickfuß . . . . . Paar	Herrnen-Garnituren 2.95 Jacke und Hose, Garnitur . . .	Sport-Westen I. Damen u. Herren, reine Woll, 6.90
Bluse aus schwarzem, kunst-selbsten Trikot, mod. Jumperform und neuen Farben 8.75	Reiher-Hüte 12.50 schwarz Seidenammel mit Stangenreihern . . . . .	Herrnen-Schweiß-socken 0.55 gut wollhalt., Qual. Paar	Damen-Schlüpfer 1.85 mit angrasuhem Futter, gute Ware . . . . .	Damen-Pullover 6.90 schöne Muster, Woll u. K'Selde

**Kamelhaar-Kragenschuhe 195**  
für Damen mit Filz und Leder-sole und verdeckter Naht

**Kamelhaar-Schnallenstiefel 275**  
mit Filz und Ledersohle u. verdeckt. Naht, feste Kappe u. Absatzstück  
Gr. 42-46 3.75  
Gr. 36-42 2.95  
Gr. 31-33 2.75

**H. Joseph & Co. Neukölln Berlin, Berlinerstr. 51-55.**